

Reichstag und Genfer Tagung.

Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses.

auch beim besten Willen nicht immer durchführbar und werden verschiedentlich selbst von den Verwaltungsstellen durchbrochen. Klare, kurze und für jeden Bediensteten verständliche, mit der Praxis nicht in Widerspruch stehende Dienst-Anweisungen sind erforderlich.

Der Personalwirtschaft hat der Ausschuss die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Fast durchweg wurde von den Beamten- und Betriebsräten auf die vorhandene Mißstimmung des Personals verwiesen. Die Ursachen liegen teils in Rückwirkungen des zu weit getriebenen Personalabbaues, der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse, zum anderen auf dem Gebiete der Dauer der Arbeitszeit, der Dienstschichten und der Dienstpläne. Dazu kommt, daß die Leistungszulage, die in der Hauptsache diejenigen erhalten, für die andere die Leistungen zu vollbringen haben, den Unmut steigern. Wenn trotz alledem, wie der Ausschuss feststellen konnte, das Personal in aller Pflichtigkeit seinen schweren, verantwortungsvollen Dienst verrichtet, so stellt das ihm wahrlich ein gutes Zeugnis aus. Der Ausschuss hatte den Eindruck, daß eine Kasation des Personals vorhanden ist. Bei verschiedenen Dienststellen ist jedoch die Inanspruchnahme derart, daß eine Entlastung im Interesse der Betriebssicherheit selbst dem Ausschuss geboten erscheint. Eine Revision der Dienstbauervorschriften muß erfolgen, so daß der Begriff „schwerer Dienst“ den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt und das Höchstmaß der wirklichen Arbeitszeit des überwiegenden Teiles des im Betriebsdienst beschäftigten Personals herabgesetzt wird. Die im Lokomotiv- und Rangbegleiterdienst zu leistenden, ihrer Natur nach im voraus schwer zu bestimmenden Arbeiten müssen bei Aufstellung der Dienstpläne berücksichtigt werden. Offensichtlich ist, daß nicht immer von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, die Arbeitszeit in einem stündigen Zeitraum auf ein Maß zwischen 48 und 54 Stunden abzustellen, wenn Dienstschichten mit anstrengender und schwieriger Beschäftigung vorkommen.

Den sanitären und hygienischen Einrichtungen hat der Ausschuss gleichfalls Interesse entgegengebracht. Die Aufenthalts- und Uebernachtungsräume für das Personal, sowie die Waschanlagen und Abortanlagen entsprechen nicht durchweg den berechtigten Anforderungen. Auffällig hoch erschienen dem Ausschuss die Krankheitsziffern, trotzdem es sich um ein ausgelichtetes und von Haus aus gesundes Personal handelt. Den Ursachen nachzugehen, war keine Zeit und Gelegenheit. Man geht kaum fehl, wenn diese zum Teil auf das Konto der großen Beanspruchung, der langen Dienstschichten und ungenügenden Ruhezeit zurückgeführt werden.

Die Frage der Betriebssicherheit ist neben den vorstehend kurz behandelten Kapiteln nicht zuletzt eine Geldfrage. Die Reparationslasten, die Verkehrssteuern, die Pensionen und Vorkosten belasten die Reichsbahn schwer, zumal sie die Tarife aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, sowie aus Rücksicht auf die Konkurrenz nicht willkürlich festsetzen kann. Eine kaufmännische, wirtschaftliche Betriebsführung, zweckmäßige Organisationsform — zum Beispiel Verbindung von Aemtern, die ihrer Natur nach zusammengehören — ist auch ein Erfordernis. Die Zahlung von Leistungszulagen, Zulagen auf den Sportvereine und Bahnfahrt müßte eingestellt werden. Viel bedeuten die zu ersparenden Summen angesichts der Größe des Geldbedarfs gewiß nicht; zur Hebung der Zufriedenheit des Personals wird es jedoch erheblich beitragen.

Parlament und Regierung sollten sich mit größerer Entschiedenheit als bisher für Erweiterung ihres Einflusses auf Betrieb und Verwaltung der Reichsbahn einsetzen. Der § 1 des Reichsbahngesetzes gibt der Reichsregierung das Aufsichtsrecht darüber, daß die Reichseisenbahnen samt allen Anlagen und Betriebsmitteln in betriebsmäßigem Zustande erhalten werden und daß der Betrieb zufriedenstellend geführt wird. Was das jedoch praktisch bedeutet, das sollte einmal untersucht werden! Die Reichsbahn hat die Pflicht, das Menschenmögliche zu tun, um Leben und Gesundheit des reisenden Publikums und des Personals zu schützen. Es kann nicht genügen, daß nach einem Unglücksfall das Sicherheitsdezernat des RM. sich auf die Nase beißt und den Ursachen nachgeht. In der Regel büßt dann irgendein armer Teufel eine Schuld, die auf das Konto des Systems zu buchen ist. Ich bin der Meinung, daß die Einsetzung eines ständigen Sicherheitsausschusses, bestehend aus Sachverständigen für die technischen Anlagen, den Oberbau und die Personalfragen, zu bilden und dem RM. anzuschließen wäre. Eine selbständige Instanz, die im Benehmen mit dem RM. ihre Funktion ausübt und das Recht haben müßte, jederzeit und unangewarnt alle Teile des Eisenbahnbetriebes zu kontrollieren. Der Reichstag sollte sich mit dieser Anregung, die in der ein Kompromiß darstellenden Denkschrift nicht enthalten ist, aber dem Ausschuss unterbreitet wurde, beschäftigen!

Stahlhelm im Kampf.

Was er will und wie er redet.

Die neueste Nummer der Zeitung „Der Stahlhelm“ macht Andeutungen über den Inhalt des Volksbegehrens auf Rommando Hugenbergs:

„Wir fordern Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, dahingehend, daß er allein die Minister ernannt und entläßt, und daß der Einfluß des Parlaments auf die Regierung ausgeschaltet wird. Wir fordern weiterhin, daß die Immunität der Abgeordneten begrenzt wird, daß die Immunität aufgehoben wird, wenn es sich um Landesverrat, Meineid, Stillschleichen und Eigentumsverbrechen handelt. Wir begründen diese Forderung damit, daß wir ein anständiges Parlament haben wollen.“

Nummer eins ist die bekannte Hugenberg-Forderung, Nummer zwei ein sauberes Stück Demagogie. Siehen etwa im Deutschen Reichstag Landesverräter, Meineidige, Stillschleichenverbrecher und Diebe, ist es kein „anständiges“ Parlament? Man versteht: die Herren sind zu vorsichtig, das direkt zu behaupten, sie tun es deshalb indirekt. Es ist eine Infamie.

Im übrigen, Stahlhelm im Kampf! Hier ist eine Blütenlese aus dieser Nummer des Stahlhelmorgans: „Severing best. — Eine kleine Fälschung. — Noch ein kleiner Schwindel. — Was das Druckpapier ausfällt. — Lügnerische Hehe. — Bedauerlicher Selbstzustand. — Irrsinnigkeit.“ Es ist scharfe Konkurrenz mit der „Roten Fahne“.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags setzte gestern unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) die Aussprache über die Genfer Verhandlungen fort. Nachdem die Vertreter aller Parteien sich zur Sache geäußert hatten, beantwortete Reichskanzler Müller in einer Schlußrede einige Fragen, die in der Diskussion zur Sprache gekommen waren.

Es wurde dann über verschiedene Anträge und Entschließungen abgestimmt. Angenommen wurde eine Entschließung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Wirtschaftspartei, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Auswärtige Ausschuss dankt der Deutschen Delegation für die in Genf geleistete Arbeit.“

Er spricht jedoch sein Bedauern aus, daß die beiden großen, das deutsche Volk in allen seinen Schicksalen bewegenden Fragen der

Räumung des Rheinlandes und der allgemeinen Abrüstung nicht so gefördert worden sind, wie es Deutschland aus rechtlichen Gründen erwarten konnte.

Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, auch fernerhin auf beschleunigte und befriedigende Lösung dieser Fragen hinzuwirken.“

Nachdem wurde eine Entschließung derselben Parteien mit folgendem Wortlaut angenommen:

„Der Auswärtige Ausschuss gibt seiner Besorgnis über die Entwicklung der Lage der Rinderheerden Ausdruck. Er fordert die deutsche Regierung auf, im Völkerverbund dafür einzutreten, daß die für die Bekämpfung der Viehpest so bedeutungsvolle Frage des Schutzes der Rinderheerden verstärkte Aufmerksamkeit und Sorge finde.“

Damit waren die Beratungen des Ausschusses beendet.

Flottenchef Raeder.

Minister Groener tritt für ihn ein.

Der Reichswehrminister hat sich vor Pressevertretern über die Angriffe auf den neuen Flottenchef geäußert. Hier in Kürze das, was Minister Groener darüber zu sagen hatte.

Was die Verbindungen

Reichsmarine — Rechtsputschisten

anlangt, sagt der Minister, alles, was in dieser Hinsicht vorgekommen ist, liegt vor dem Dienstantritt Raeders als Chef der Flottenkommando, auch die Anstellung des Rittmeisters a. D. Bieder. Als Raeder erfuhr, daß Bieder ein Rechtsradikaler ist, und die Weisung kam, Bieder zu entlassen, ist das geschehen. Ebenso wurde Rittsch von Raeder entlassen, nachdem bekannt geworden war, daß Rittsch mit dem Hülser-Putsch in Verbindung gestanden hatte. Es ist unrichtig, daß Bieder sich von Raeder persönlich verabredet habe, Raeder hat mit ihm nie gesprochen und kennt ihn überhaupt nicht persönlich. Man könne überzeugt sein, daß es keinen Offizier mehr in der Marine gibt, der mit Hülser oder sonstigen derartigen Verbänden in Verbindung steht. Bieder ist zur Zeit, als Raeder Chef der Station war, bestanden feinerzeit derartige Beziehungen mehr.

Mit der

kleiner Munitionshandlung

hatte das Stationskommando der Flotte nicht das allermindeste zu tun. Das Reichswehrministerium wünscht dringend, daß diese Angelegenheit endlich in öffentlicher Gerichtsverhandlung vollkommen aufgeklärt wird. Durch die Einstellung des Strafverfahrens gegen Marineoffizier Hülser auf Grund der Amnestie, die vom Standpunkt des Reichswehrministeriums sehr zu bedauern ist, können weitere Ermittlungen nicht gepflogen werden; bis zur Einstellung haben sie gegen keinen Marineoffizier irgend etwas ergeben, was ein Einschreiten rechtfertigen könnte. Als der

Kapp-Putsch

ausbrach, war Raeder nicht Adjutant des Admirals v. Trotha und ist daher für dessen Handlungen nicht verantwortlich. Raeder war damals gerade auf Urlaub. Die parlamentarische Untersuchung unter der Leitung des Staatssekretärs Gies hat zu dem Ergebnis geführt, daß Raeder völlig unbeteiligt sei. Bei der Flotte des Kaiserlichen Jagtclubs, wo ein Kaiserhoch ausgebracht wurde, war nicht Raeder der älteste anwesende Offizier, nicht er hatte also nach den bestehenden Bestimmungen die Weisung zum Verlassen des Lokals zu geben.

Die sogenannte Kasoorschungsfahrt

auf der Dienstjacht Raeders, an der Mitglieder des Kaiserlichen Jagtclubs teilgenommen und ein Hoch auf Franz Heinrich ausgebracht haben, liegt so: Der Tender „Rige“ steht dem Admiral zur Verfügung und wird auch für Gastschiffe von Kongressen, inaktive Offiziere usw. verwendet. Diese Fahrt hatte mit dem Admiral Raeder persönlich nichts zu tun. Auf einem Bouvergnut, wo auch ein Restaurant ist, hat dann der Admiral a. D. Giesendrenner, da gerade der Geburtstag des Prinzen Heinrich war, auf dessen Genuß gesprochen und ein Hoch auf ihn ausgebracht. Das ist nur ein Ausbruch alter Kameradschaft.

Die Frage, wieso man denn bei der Marine nicht gewußt habe, wer Rittsch sei, wo doch die ganze Presse seine Beteiligung am Hülser-Putsch ausreichend geschildert habe, bleibt unaufgeklärt. Was die Rolle Raeders beim Kapp-Putsch anlangt, so liegt in den Akten des Oberreichsanwalts ein Telefongespräch des damaligen Kapitäns z. S. Raeder vom 18. März 1920 morgens. Dieses Gespräch hat Oberleutnant Schramm sofort aufgezeichnet, und es ist für Raeder außerordentlich belastend, sowohl wegen der Mißstellung für Bodekow, für den Raeder eine Ovation der Bürgerschaft anregte, als auch wegen Verhaftungsbefehls, wie z. B. gegen den Führer der verfassungstreuen Deputierten.

Der Wehrminister ist also auf Grund der ihm vorliegenden dienstlichen Meldungen und Berichte sehr warm für den Admiral eingetreten, der inzwischen — ungeachtet der scharfen Mißtrauensungebungen — zum Flottenchef ernannt worden ist. Wir wollen den ernst

Vor fünfzig Jahren.

Eine Weidengerte gegen eine Eisenschiene.

5. Oktober.

Der Leipziger „Dornier“ zitiert aus der bürgerlichen Illinois-Staatszeitung:

„Und nun zu denen, welche unsere Geschichte tatsächlich beherrschen, den Sozialdemokraten oder, wie sie sich jetzt nennen, das werktätige Volk. Wenn die ersten Christen durch ihr kluges Dulden Propaganda machten, so versteht man dies jetzt. Man ist Gegner der Sozialdemokratie, aber sie zwingt einem Mitgefühl, ja Bewunderung ab.“

Die Sozialdemokraten geben sich keine Mühe, je rühriger die Polizei ist, ihnen etwas anzuhängen. Solange man sie schreien ließ, waren sie Kinder. Jetzt sind sie Männer geworden. Sie denken gar nicht daran, Putsche zu machen, dazu rechnen sie viel zu mächtig. Sie glauben, daß ihre Stunde kommen wird, und dann werden sie nicht revolutionieren, sondern kommandieren — sifern und bestimmen.

Und wenn sie einmal zur Herrschaft gelangen, wer ist daran schuld? Die Hartnäckigkeit und Kurzsichtigkeit der bestehenden Gesellschaft, welche freiwillig nichts zusehen will und deren „Untergrabung“ das Sozialistengesetz verhindern soll.

Eine Weidengerte gegen eine Eisenschiene!

Willen des Ministers Groener, für die Republikanische Regierung der Wehrmacht zu sorgen, nicht in Zweifel ziehen, aber wir glauben nicht, daß schon seine Erklärungen dem Admiral Raeder das Vertrauen der Republikaner gewinnen können; es zu erringen, wird nur ein Verhalten der Marineoffiziere vermögen, das sich wesentlich von dem Stil und den Methoden unterscheidet, wie sie allzulange in der Marine der Republik üblich gewesen sind!

Zeppelin und Doorn.

Die Fälschung der Zelegraphen-Union.

Am Dienstagabend verbreitete die Zelegraphen-Union die folgende Meldung:

L. U. Amsterdam, 2. Oktober. Nachdem „Graf Zeppelin“ kurz nach 18 Uhr die holländische Grenze überschritten hatte, kreuzte das Luftschiff über Doorn. Der frühere Kaiser und seine Familie beobachteten den Flug und winkten dem Luftkreuzer zu. Von Rotterdam aus nahm das Luftschiff Kurs nach Nordwesten. Man erwartet, daß es auch nach Amsterdam überfliegen wird.

Am Donnerstagmorgen setzte Dr. Eckener dieser Meldung das folgende Dementi entgegen:

WTB. Stuttgart, 4. Oktober.

Dr. Eckener hat dem Sonderberichterstatter des WTB. gegenüber die Meldung, daß der „Graf Zeppelin“ auch Haus Doorn besucht habe, entschieden dementiert. Das Luftschiff hat von Rotterdam aus direkten Kurs auf Rotterdam genommen. Schon lange vorher war beschlossen, daß die Nordseeüberfahrt von Rotterdam aus angetreten werden sollte, weil Rotterdam mit seinen erlauchteren Hofanlagen der beste Ausgangspunkt für eine solche Navigationsfahrt über See ist. Haus Doorn liegt etwa 20 Kilometer nördlich von der Route des Schiffes. In Doorn kann man von dem Schiff weder etwas gesehen noch gehört haben, und es ist deshalb eine reine Erfindung, wenn behauptet wird, daß die Bewohner von Doorn dem Schiff zugewinkt hätten. Die Anwesenheit von Haus Doorn hat keinen Augenblick in der Nacht Dr. Eckeners gelegen.

Wir haben die Fälschung der WTB. glossiert. Daraufhin erklärt die WTB. in einem Briefe an uns, sie halte ihre Meldung in vollem Wortlaut aufrecht, gibt aber zugleich zu, daß das Luftschiff „zirka 12 Kilometer südlich von Doorn vorbeiflog“. Kennt man dies „über Doorn treuen“? Kennt man dies „in vollem Wortlaut aufrechterhalten“?

Zum zweiten behauptet die Zelegraphen-Union, eine Rückfrage in Doorn habe ergeben, daß der frühere Kaiser und seine Familie das Luftschiff gesehen hätten. Zu diesem Punkte verweisen wir auf die beiden folgenden Meldungen.

Die Zelegraphen-Union aus Berlin am 4. Oktober abends:

Zur Ueberfliegung Doorns durch „Graf Zeppelin“ wird von der hiesigen Berliner Seite heute erklärt, es könne nur bestätigt werden, daß keiner der Passagiere Haus Doorn gesehen habe. Im übrigen sei damit zu rechnen, daß angesichts der angebrochenen Dunkelheit ein Erkennen Doorns auf der Landschaft nicht möglich gewesen sei. Jedenfalls lasse sich aus der Tatsache, daß keiner der Passagiere Doorn gesehen habe, schließen, daß eine politische Demonstration durch Überfliegen Doorns nicht beabsichtigt gewesen sei.

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet am 4. Oktober abends aus Amsterdam:

Aus Doorn wird offiziell gemeldet, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ Doorn nicht überflogen hat und daher von irgendeiner Rundgebung keine Rede sein kann.

Damit sind die Akten über jene WTB.-Meldung aus Amsterdam, die die Zelegraphen-Union in vollem Wortlaut aufrechterhält, geschlossen. Es war eine offenkundige Tendenzmeldung, die den Eindruck erweckte, als sei Doorn angesteuert worden — „kreuzte über Doorn!“ — und die durch den Hinweis auf ein angebliches Zwinkern des Kaisers diesen Eindruck unterstrich. Ob die Zelegraphen-Union einem holländischen Servicebureau aufgefressen ist, ist eine andere Frage. Wir bewundern jedoch die Kühnheit, mit der die WTB. angesichts der Tatsache diese Meldung in vollem Wortlaut aufrechterhält!

Nur ein ganz kleines Kind.

In der „Roten Fahne“ konnte man gestern zwei parteioffizielle Notizen über die neuesten Korruptionsfälle in der kommunistischen Partei lesen. In der einen wird „aufs schärfste“ verurteilt, daß zwei „Kandidaten“ des Zentralkomitees den Versuch unternommen haben, die Hamburger Vorfälle zur Veränderung der Führung und des politischen Kurses der Partei auszunutzen. Es ist selbstverständlich, daß dieses Recht nur die Moskauer Kardinalen haben. Die gewöhnlichen Mitglieder müssen schweigen, auch wenn es sich um den Vorsitzenden ihrer Partei handelt.

Dann hören wir, daß es sich in dem Bremer Falle nur um Summen von 10 resp. 42 Mark gehandelt habe. Es geht also der kommunistischen Parteileitung ebenso wie jener Jungfrau, die sich damit einschuldigte, daß es doch nur ein ganz kleines Kind gewesen sei. Vielleicht erfahren wir demnächst, daß es auch in Hamburg nur „10 resp. 42 Mark“ waren.

15 Millionen Mark für Wohnungsbauten.

Die Magistratsvorlage angenommen, ohne Deutschnationale und Kommunisten.

In der Berliner Stadterordnetenversammlung wurde gestern die heiß umkämpfte Magistratsvorlage, die aus laufenden Mitteln der Stadt die Vergabe von 15 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues fordert, mit einigen Änderungen angenommen. Sozialdemokraten und Mittelparteien stimmten der Vorlage zu, dagegen glaubten Deutschnationale und Kommunisten ihre Zustimmung verweigern zu sollen, weil von ihnen beantragte Änderungen nicht durchgedrungen waren. Die Annahme der Vorlage zu verhindern, hätte ihnen selbstverständlich nicht gelingen können. Bei der entscheidenden Abstimmung über die grundsätzliche Zustimmung wurde keine Gegenprobe verlangt, so daß niemand Gelegenheit fand, offen dagegen zu stimmen. In der vorhergehenden Sitzung hatte der Redner der Kommunisten beklagt, seine Partei werde das Urteil über ihr Verhalten der Berliner Bevölkerung überlassen. Jamahl, die Berliner Bevölkerung wird urteilen — und ihr Urteil wird für Kommunisten und Deutschnationale vernichtend sein.

Der Vorsteher Genosse Hoff eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Altersvorsitzer der Versammlung Hermann Bamberg. In Stelle der Stadterordneten Genossen Heitmann, Raderholz, Adolf Hoffmann, Fechner und Wendt, die Landtags- oder Reichstagsmandate innehaben, treten die Genossen Großmann, Knopf, Thomas, Wittbrodt und Kasper.

Die Debatte über die Vorlage betreffend die Bereitstellung von 15 Millionen Mark zum

Bau von Wohnungen

wird fortgesetzt. Stadterordneter Merlen (Dem.) polemisierte gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, spielte auf das im vorigen Jahr abgelehnte Projekt der 8000 Wohnungen an und meinte, man könne nicht Baukosten und Mietenhöhe miteinander verknüpfen. Gleichzeitig die Wohnungen größer bauen und die Mieten senken, ginge nicht an. Der Redner verlangte eine Heranziehung privater Bauvereinigungen neben den städtischen Betrieben. Mit zunächst 6 Millionen Mark können Bauvorhaben in diesem Jahre begonnen werden, so daß die restlichen 9 Millionen erst im nächsten Jahre vom Kammerer bereitgestellt werden brauchen. Eine Reform der Hauszinssteuerzuschlag sei dringend nötig. Indem er dem sozialdemokratischen Stadtrat Czerninski das Vertrauen aussprach, in Zukunft neue Wege für die Förderung des Wohnungsbaues zu finden, trat er für die Vorlage ein. Stadterordneter Caspar (D. Vp.) vertrat den Standpunkt, daß man mit dem Wohnungsbau den Gemeinden eine unerfüllbare Aufgabe zugeteilt habe und daß „nur die Privatwirtschaft“ für den Wohnungsbau in Frage käme. Seine Freunde traten für die Vorlage ein, wenn der Magistrat einen Nachtragsetel über die notwendigen 15 Millionen Mark einbringe. Der Deutschnationale Dr. Steiniger lehnte die Vorlage ab. Er will das Privatkapital nicht lassen und trat für die Entzifferung seiner Forderungen ein. Stadterordneter Genosse Czerninski erörterte die Grundzüge, nach denen Hauszinssteuerhypothesen gegeben werden. Im laufenden Jahre seien bereits 28 Millionen Mark verausgabt, ein Beweis, daß die Stadt mit der Bewilligung nicht zurückhält. Bei allen Bauvorhaben seien private Baufirmen beteiligt. Die in Aussicht genommenen 2000 Wohnungen ließen kein zusätzliches Bauprogramm dar, sie sollen zunächst nur eine Lücke ausfüllen.

Im übrigen sei für ein großzügiges Wohnungsbauprogramm von etwa fünf Jahren Dauer und 350 Millionen Mark Kosten kein zusätzliches Geld auf dem Inlandsgeldmarkt vorhanden!

Das müsse auf irgendeine Weise aus dem Auslande beschafft werden. Der Kammerer Dr. Lange forderte mit besonderem Nachdruck eine

gerechtere Verteilung des Aufkommens der Hauszinssteuer. Berlin müsse von den in der Stadt einkommenden Hauszinssteuermitteln noch 50 Millionen Mark in den Ausgleichsloft des Wohlfahrtsministeriums abgeben und zusehen, wie damit der Wohnungsbau in anderen Städten und Gemeinden finanziert wird.

Würde uns das gesamte Aufkommen verbleiben, wie es doch wohl richtig wäre, so könnte die Stadt Berlin damit jährlich 10 000 bis 12 000 Wohnungen mehr als bisher bauen.

ohne auch nur einen Pfennig aus städtischen oder privaten Mitteln zugeben zu müssen. (Hört-Hört-Rufe im ganzen Hause.)

Nach der Stadterordneten Rinder (Wirtschaftspartei) und Jordan (ösk.) wurden in langwierigen Abstimmungen alle wesentlichen Abänderungsanträge der Parteien abgelehnt.

Die Wohnungsbauvorlage wurde dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Mitte des Hauses angenommen.

Die 15 Millionen Mark für 2000 Wohnungen sind also bewilligt. Gleichzeitig wurde einem Antrage zugestimmt, der vom Magistrat die Einreichung einer Vorlage über ein Wohnungsbauprogramm für die nächsten fünf Jahre verlangt. Daß zur Ausführung dieses Programms nur das private Bankkapital herangezogen werden soll, wurde abgelehnt.

Mit der meist debattelosen Erledigung einer größeren Anzahl Vorlagen schloß die öffentliche Sitzung.

Die Vorlage, die die Zusammenlegung der Verkehrsbetriebe zum Gegenstand hat, wurde ohne Debatte einem 25köpfigen Sonderausschuß überwiesen.

Das Urteil gegen Erna Anthony

5 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Nach einhelfstündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Fietz unter lautmäßiger Stille in dem von hundert besetzten Schörrichterhause das Urteil gegen Erna Anthony. Die Angeklagte wird wegen Totschlages an der Kleinstadtkanalarbeiterin Anna Schüler zu fünf Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust sowie zur Tragung der Kosten verurteilt. Die Untersuchungskommission wird in voller Höhe angerechnet.

Am Nachmittag wurde in dem Totschlagsprozeß gegen die Kontoristin Erna Anthony die Beweisaufnahme zu Ende geführt. Als Zeuge wurde der Kaufmann Ehmer vernommen, der Mitinhaber der Firma Becker u. Ehmer in der Charlottenstraße, bei der die Angeklagte vier Jahre tätig war. Er bezeugte, die Angeklagte sei geschäftlich sehr brauchbar gewesen und genöß eine Vertrauensstellung, die sie aber, wie sie jetzt herausgestellt hat, mißbraucht hat. Daß sie etwas Leichtgläubig war, sei ihm bekannt gewesen, aber er habe es für ihre Privatangelegenheiten. Von den Beziehungen zu seinem Mitinhaber habe er nichts gewußt, auch nie darüber nachgedacht. Besonders auffällig war die Angeklagte nicht in ihrer Kleidung. Den Belohnung hatte sie sich erst gegen Schluß angeschafft und einen Vorbehalt dazu erbeten. Frau Schüler war eine ruhige, bescheidene und freundliche Frau. Sie konnte keiner Pflege etwas zusehe tun und genöß überall Sympathie.

Unter großer Spannung wurde der Vater der Angeklagten, der Postkassierer Anthony, als Zeuge ausgerufen. Die Angeklagte kam beim Erscheinen ihres Vaters auf der Anklagebank in sich zusammen und hob während der ganzen Zeit seiner Vernehmung nicht den Kopf. Der alte Vater, ein insofern aussehender Mann mit grauem Haar, machte seine Aussage mit bewegter Stimme. Sein Kind sei immer gutberzig gewesen. Auf

der Schule war sie so begabt, daß die Lehrerinnen ihn aufsuchten, um ihm Vorschläge für ihre Weiterbildung zu machen. Sie hat leider mein Blut. Ich war auch in früheren Jahren sehr jähzornig. Bei ihr ist es im Laufe der Jahre immer heftiger geworden. Mein Kind habe ich sehr religiös erzogen und immer angehalten, morgens und abends zu beten. Der Vater beklundet weiter, daß in seiner Familie mehrfach geistige Erkrankungen festzustellen waren. Er habe seinem Kinde verziehen.

Die Sachverständigen erklärten übereinstimmend, daß § 51 für die Angeklagte nicht geltend gemacht werden könne. Die Angeklagte sei zwar in mancher Beziehung minderwertig, für ihre Tat jedoch voll verantwortlich. — Der Staatsanwalt beantragt gegen die Angeklagte eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren und 3 Jahre Ehrverlust.

Hierauf nahm Rechtsanwalt Walter Bahn zur Verteidigung der Angeklagten das Wort. Er vertat in längerer Ausführungen den Standpunkt, daß nur Körperverletzung mit tödlichem Ausgang in Frage komme und die Angeklagte mildernde Umstände erhalten müsse.

Nach der Rede ihres Verteidigers erhielt die Angeklagte Erna Anthony das letzte Wort. Sie führte mit bewegter Stimme aus: Ich bereue die Tat. Aber ich kann die Reue nicht zeigen. Ich habe die letzten Monate so viel geweint, daß ich keine Tränen mehr habe. Mir brechen die Augen. Ich habe doch nicht gewußt, was ich getan habe, daß die Frau tot war. Ich wollte es nicht glauben.

Dann zog sich das Gericht zur Beratung zurück und fällt das oben wiedergegebene Urteil.

Der Droschkentarif bleibt!

Keine Einigung zwischen Magistrat und Polizei.

Der Polizeipräsident teilt mit: Nach eingehender Prüfung des Vorschlags des Magistrats für die Neuregelung des Droschkentaris hat der Polizeipräsident von der Einführung eines neuen Droschkentaris zurück ab, und es bleibt daher bei dem bisherigen Tarif.

Bestimmend für diesen Entschluß des Polizeipräsidenten war der Umstand, daß keine Einigung zwischen Magistrat und Polizeipräsident zu erzielen war. Der Magistrat hat dem Vorschlag des Polizeipräsidenten keine Zustimmung nicht erteilt, da ihm die Grundgebühr zu billig erscheint. Der Polizeipräsident kann sich dem Vorschlag des Magistrats nicht anschließen, da dieser Vorschlag die kurzen Fahrten zugunsten des längeren verteuert. Erfahrungsgemäß werden aber die kurzen Fahrten, die den meißten größten Teil der Droschkenfahrten ausmachen, in der Hauptsache von der betriebsfähigen Bevölkerung ausgeführt, während die Droschken zu weiteren Fahrten nur von einem verhältnismäßig kleinen und leistungsfähigeren Teil der Bevölkerung benutzt werden. Eine weitere Belastung der betriebsfähigen Klasse kann der Polizeipräsident jedoch unter keinen Umständen billigen. Darüber hinaus kann der Polizeipräsident auch im Interesse des Droschkengewerbes selbst den Vorschlag des Magistrats nicht annehmen, da er auf dem Standpunkt steht, daß durch eine Verbilligung der Grundgebühr die unproduktiven Leerfahrten abnehmen werden.

Um den Autoruf.

Der ZDA fordert sein Recht!

In einer Besprechung zwischen den Beauftragten des Oberpräsidenten, Gewerberat Dr. Koelle und Assessor Dr. Teichert und dem Vorstand sowie der Betriebsleitung der Gesellschaft und dem Zentralverband der Angestellten ließen sich die Vertreter des Oberpräsidenten eingehend über die ganze Autoruf-Angelegenheit informieren.

Eine Stilllegung des Betriebes vor Ablauf der Sperrfrist, d. h. 23. Oktober d. J., wird nicht erfolgen, da man Grund zu der Annahme zu haben glaubt, daß bis zu diesem Zeitpunkt eine generelle Regelung der Autorufsache möglich sein wird. Der Vertreter des ZDA wird bei dem Polizeipräsidenten und dem Minister des Innern dahingehend vorstellig werden, daß die Vertretung des Zentralverbandes der Angestellten zu den Besprechungen im Ministerium geladen wird. Die Besprechung, deren Termin noch nicht feststeht, soll dies-

Der Fall Larrier.

Von Tristan Bernard.

(Einsig bezichtigte Uebersetzung von N. Collin.)

14) Einen Augenblick kam mir der Gedanke, daß Marteau nicht existierte, und Larrier sich eine Waise gemacht hatte. Aber ich verwarf diese romantische Idee sofort: um sich so herzurichten und am hellen, lichten Tage mit angemalten Kugeln umherzulaufen, fehlte meinem Freund die Erfahrung. Marteau war augenscheinlich ein handlanger Larriers. Es war ganz und gar möglich, daß Larrier schon ins Ausland entkommen war, vielleicht nach England, und Marteau, dem er in Paris begegnet war, beauftragt hatte, das Geld bei Herrn Moriceau abzuholen und sich dann mit ihm in London wiederzutreffen.

Auf welche Weise hatte Larrier diesen Marteau kennen gelernt? Er hätte mir nie von ihm gesprochen, aber es war natürlich möglich, daß er in Paris Leute kannte, von denen er mir nicht erzählt hatte. Unsere Freundschaft bestand eigentlich erst seit meinem Eintritt ins Regiment. Selbst unter sehr guten Freunden, die sich alles erzählen, kommt es vor, daß sie manche ihrer Bekannten erst erwähnen, wenn der Zufall es herbeiführt.

11. Der dicke Chauffeur, der begeistert war, an unseren Nachforschungen teilzunehmen, fuhr uns nach dem Nordbahnhof, wo wir einige Gepäckträger ausfragten.

Der erste, ein kleiner Mann mit einem schwarzen Schnurrbart, den der Chauffeur mit Sicherheit als denjenigen erkannte, der den Handkoffer getragen hatte, erinnerte sich an nichts. Wir drangen mit Fragen in ihn, und schließlich fiel ihm eine wichtige Tatsache ein: an dem Tage, an dem Marteau in den Zug gestiegen war, hatte er überhaupt nicht Dienst gehabt und war gar nicht auf dem Bahnhof gewesen. Diese Bezeugung, welche die Erklärung des Chauffeurs widerlegte, entmutigte diesen durchaus nicht, denn mit noch größerer Sicherheit wies er auf einen Mann mit rotem krausem Haar und schlängeliger Miene, der mit herunterhängenden Armen an der Gepäckausgabe stand.

Der Rottkopf sah mich blöde an und beschränkte sich darauf, die Fragen, die ich an ihn richtete, langsam zu wiederholen. In diesem Augenblick näherte sich ein anderer Gepäckträger, der unserer Unterhaltung zuhörte, und den

der Chauffeur noch nicht bemerkt hatte, und sagte, er erinnere sich sehr genau und beschrieb den überaus schweren, wie es schien, mit Papieren gefüllten Handkoffer, den er selbst um zehn Uhr morgens in den Boulogner Zug getragen hatte.

Obwohl wir diese Auskunft nicht dem Chauffeur verdankten, schien dieser sehr stolz darauf zu sein, und ich bemerkte, wie verächtlich er den Rottkopf anblinzelte, weil dieser sich an nichts erinnerte. Es schien dem Chauffeur nicht einzuleuchten, daß, wenn der rothaarige Dienstmann mit der Angelegenheit nichts zu schaffen gehabt hatte, es doch nur zu entschuldigen war, wenn er sich ihrer nicht erinnerte.

Nun ging ich an den Schalter, an dem die Billets nach London verkauft wurden, um mir diese Mitteilung noch bestätigen zu lassen. Ich fragte die Beamtin, ob sie sich vielleicht erinnere, an dem von mir genannten Tage ein Bilet zweiter Klasse an einen größeren älteren Herrn, den ich ihr beschrieb, verkauft zu haben. Ich fragte sie auch, ob sie beim Bezahlen zwei fünf-Franken-Stücke bekommen habe, weil ich mich an die Auskunft erinnerte, die ich auf dem kleinen Bahnhof bei Loul erhalten hatte. Ich sagte mir, daß Larrier dieses Geld vielleicht Marteau gegeben hätte. Aber die Beamtin erinnerte sich an nichts.

Uebrigens hätten ihre Mitteilungen nur die genaueren Angaben, die ich von dem Dienstmann empfangen hatte, bekräftigen können.

Während dieser ganzen Untersuchung war Blanche im Wagen geblieben. Ich ging zu ihr, um ihr das Ergebnis meiner weiteren Nachforschungen mitzuteilen. Wir beschloßen, sofort nach London abzureisen. Jedoch war dieses Unternehmen ein bisschen schwierig, und besonders darum, weil wir beide sehr schlecht englisch sprachen. Ferner hatten wir doch auch nur zu schwache Anhaltspunkte, um Marteau wiederzufinden.

Ich war aber des Kampfes überdrüssig und hatte den Wunsch, jemand zu unserer Hilfe zu nehmen. Obgleich ich nur ein sehr mäßiges Vertrauen zu der unsehlichen Geschicklichkeit der Detektiven hatte, beschloß ich doch, die Kenntnisse und die Erfahrung eines berufsmäßigen Kriminalbeamten, der englisch sprechen konnte, in Anspruch zu nehmen.

Ich hatte im Innenministerium einen Schulkameraden, der Beziehungen zu dem Sicherheitsdienst hatte. Er konnte sich die Adresse einer der verfügbaren Beamten verschaffen, die auch private Untersuchungen übernahmen. Ich bat ihn ebenfalls um eine Empfehlung für das Kriegsministerium,

denn mein Urlaub mußte verlängert werden... Um für die neuen Ausgaben, die unsere Londoner Reise verursachen würde, sorgen zu können, schrieb ich an meinen Notar nach Chalon-sur-Saône, bei dem ich einige Wertpapiere deponiert hatte, und beauftragte ihn, mir Geld nach London zu senden.

Ich erinnere mich noch des entsetzlich aufgeregten Briefes, den ich einige Tage später erhielt, und dem zweitausend Franken beigelegt waren.

Dieser Notar hat nie begriffen, weshalb ich, ein Unteroffizier, nach London zu reisen beabsichtige. Er wagte keine Vermutungen aufzustellen, aber aus seinem Brief, in welchem er mich ohne eine Begründung anzugeben, inständig bat, meine Reise nach dem Ausland nicht zu lange auszudehnen, las ich die Furcht heraus, daß ich desertieren könnte.

Bianche und ich waren abends ins Theater gegangen, und ich begleitete sie in ihr Hotel nach der Rue Vivienne. Nachher begab ich mich ins Hotel Savarin und hoffte, dort noch näheres über Marteau's Aufenthalt zu erfahren.

Erst am nächsten Tage um zehn Uhr morgens suchte ich meinen Freund im Innenministerium auf.

Er zeigte für meine Angelegenheit so viel Interesse, daß gleich nach dem Mittagessen ein Beamter des Sicherheitsdienstes sich im Hotel Rue Vivienne bei mir und Blanche melden ließ.

Er hieß Galoin. Wie einen Arzt, den man noch nicht kennt, und den man prüfend ansieht, um festzustellen, ob man Vertrauen zu ihm haben kann oder ihm mißtrauen soll, betrachtete ich ihn.

Bevor ich ihn sah, hatte ich viel an ihn gedacht und versucht, mir eine Vorstellung von ihm zu machen. Ich fürchtete, einen kleinen, trockenen und anmahnenden Polizisten kommen zu sehen, der nur nach einer feststehenden Methode arbeitete. Und ich fragte mich, ob das nicht doch die wertvollsten Menschen sind. Bis ins kleinste richteten sie sich nach einem System, das sich durch die gesammelten Erfahrungen von Generationen von Polizisten gebildet hat, und dieses System ist darum wertvoller als die intelligente und sogar erfindungsreiche Initiative eines einzelnen.

Andererseits ist zu befürchten, daß es manchen dieser Beamten an Intelligenz fehlt um dieses System anzuwenden. Ihre Ausbildung ist noch kein Beweis ihrer Tüchtigkeit, denn ihr Beruf ist so verschrien, daß, um Inspektor im Sicherheitsdienst zu werden, von einem offenen Wettbewerb zwischen allen klugen Leuten aller Gesellschaftsschichten keine Rede sein kann. Die Auswahl ist deshalb eine sehr beschränkte.

(Fortsetzung folgt.)

mal zwischen allen beteiligten Instanzen stattfinden, d. h. es werden demnach an der Verhandlung teilnehmen: Der Minister des Innern, der Polizeipräsident, der Oberpräsident, Vertreter des Magistrats Berlin, die Vertreter des Z.N., die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Berliner Kesseldrehmaschinenverleiher und der Vorstand der Autocru-Mitgliedschaft sowie deren Spezialbevollmächtigter, Rechtsanwalt Dr. Karl Görres.

Eine Glasausstellung.

Am 15. Oktober wird in den Vereinigten Staatshäusern für freie und angewandte Kunst, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 33, von der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur die Ausstellung „Das Glas“ eröffnet. Ihre künstlerische Ausgestaltung hat Professor Bruno Paul durchgeführt. In Verbindung mit der umfassenden Schau handwerklichen Glases, welche Glas als Baustoff, Gebrauchsgegenstand, Instrument, Dekorationsmittel und „Glas und Metall“ zeigt, bringt die Architektenvereinigung „Der Ring“ in denselben Räumen in einer Sonderausstellung „Die neue Küche“ Beispiele neuerer Küchenanlagen für städtische Kleinwohnungs- und Siedlungsbauten.

Die Ausstellung wird einen Querschnitt durch die heutigen Verwendungsarten handwerklichen und industriellen Glases bringen. Von der mächtigen, gebogenen Spiegelglascheibe, den technisch-chemischen Glasgeräten und dem Glasmaß, bis zu den ausgewählten Erzeugnissen der Glasveredelungstechnik, den geschnittenen, gravierten, gemalten oder mit dem Diamanten getriebenen Zier- und Gebrauchsgegenständen, wird man einen umfassenden Überblick über den heutigen Stand dieser alten handwerklichen Kunstfertigkeit erhalten. Glas als selbständiger Baustoff wird an der Hand praktischer Beispiele, einem Operationsaal, einem Laboratorium, einem Hotelbad, einer Glasbar, dem Besucher ebenso wie in Verbindung mit Metall als idealer Werkstoff gezeigt. Hier haben die Deutschen Optik-Glasmacher Frieden, die Hirsch, Kupfer- und Messingwerke Eberswalde und das Deutsche Kupferinstitut in Verbindung mit zahlreichen deutschen Handwerksstätten Vorbildliches geleistet. Die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Glases, seine durch den Fortschritt der Technik in den letzten Jahren erhöhte Widerstandsfähigkeit, die durch Verwendung von Glas als Baustoff bedingte einwandfreie Hygiene der Räume, haben die modernen Architekten bereits in steigendem Maße erkannt. Immer häufiger findet es in Verbindung mit Kupfer, Messing, Bronze im Ladenaubau, dem Bau von Geschäftshäusern und Gaststätten Verwendung. Besonders für Sanatorien und Krankenhäuser, für Schulbauten, ist das Glas nicht nur aus hygienischen Rücksichten, sondern auch wegen seiner erhöhten Widerstandsfähigkeit ein günstiger Baustoff. Hier wird die Ausstellung an der Hand der gezeigten praktischen Beispiele viele neue Anregungen vermitteln. In ihrer Sonderausstellung „Die neue Küche“ zeigt die Architektenvereinigung „Der Ring“ eine Reihe verschiedener Küchenanlagen für städtische Kleinwohnungs- und Siedlungsbauten. Aufgabe der Glasausstellung soll es jedoch sein, der Allgemeinheit vor allem wieder die Bedeutung des handwerklichen Vorganges der Glasveredelung, nicht nur bei dem Einzelstück, sondern auch in dem Industrieerzeugnis vor Augen zu führen. Hierzu wird der umfassende, mit reichem Abbildungsmaterial versehene Katalog beitragen, der zu einem Nachschlagewerk von bleibendem Wert über das Glas und Metall, ihre Technik und Verwendungsmöglichkeiten ausgestaltet ist.

Selbstmordversuch einer Schülerin.

Während der Abwesenheit ihrer Angehörigen drehte die vierzehnjährige Schülerin Hildegard D. in der Küche der elterlichen Wohnung, Neumeisterstraße 10 zu Spandau, die Gas- und Wasserhähne auf, um freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Als der Bruder des Mädchens kurz nach 23 Uhr heimkehrte, fand er seine Schwester in der gaserfüllten Küche auf dem Fußboden liegend demutlos auf. Der alarmierten Feuerwehr gelang es, nach längeren Bemühungen das Kind ins Leben zurückzurufen. Sein Zustand gab aber zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß, so daß der Arzt die Ueberführung ins Spandauer Krankenhaus anordnete.

In einem Abteil dritter Klasse eines einfahrenden Ringbahnzuges auf dem Potsdamer Bahnhof jagte sich in der vergangenen Nacht der vierzigjährige Wertmeister Johann Schmidt aus der Hermannstraße 35 zu Neutölln eine Kugel in die Schläfe. Schwerverwundet wurde Sch. zur Rettung in die Eichenstraße gebracht, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung starb. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Im Ringbahnzug 3762 wurde auf dem Bahnhof Landsberger Allee gegen 1/2 Uhr der 24jährige Gerhard Kaiser aus der Jagowstraße 3 tot aufgefunden. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod durch ein noch unbekanntes Gift, das K. zu sich genommen hatte, eingetreten ist.

Das Pech des Autodiebes.

Vor dem Hause Paul-Singer-Straße 114 fuhr gestern nachmittag ein Straßenbahnwagen der Linie 176 mit einem Dieselmotordreirad zusammen. Der Führer des Wagens, ein 24jähriger Walter Strauch aus der Schillerpromenade zu Neutölln, erlitt einen Beinbruch und wurde durch Polizeibeamte zur nächsten Rettungswache gebracht. Hier machten die Beamten die überraschende Feststellung, daß der Verletzte gar keinen Führerschein besaß. In die Enge getrieben gelang es schließlich, daß er das Rad gestohlen und damit das Pech gesucht habe. Unter den Linden habe er gesehen, wie der Führer des Motorrades in ein Haus hineinging, um dort eine Lieferung abzugeben. Diesen günstigen Augenblick hatte er benutzt, um sich auf das Fahrzeug zu schwingen und in rasender Fahrt davonzurollen.

Strauch wurde später als Polizeigefangener ins Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße übergeführt.

Zählung von Gas- und Elektrogeräten.

In Verbindung mit den Hauslisten, die zur Personenstands- und Betriebsaufnahme am 10. Oktober zugestellt werden, erhält die Berliner Einwohnerliste ferner einen Fragebogen über die derzeitige Verwendung von Gas- und Elektrogeräten. Wir werden gebeten, besonders darauf hinzuweisen, daß diese Zählung nur dazu bestimmt ist, für die Beurteilung des gegenwärtigen Standes und der mutmaßlichen zukünftigen Entwicklung der Gas- und Elektrizitätsversorgung Berlins zahlenmäßige Unterlagen zu beschaffen. Die Gas- und Elektrizitätsmeter sollen aus dem einlaufenden Material Wege suchen, wie im Interesse der Allgemeinheit die Kundendienstleistungen des Gases und der Elektrizität immer weiteren Schichten der Bevölkerung zugänglich gemacht werden können. Es liegt daher im allgemeinen Interesse, den Fragebogen gewissenhaft auszufüllen.

Das Rätsel vom Goldzechhorn.

Wie der Absturz geschah.

L. R. Dresden, 4. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Gerücht wird sich in der Hauptsache mit drei Fragenkomplexen zu beschäftigen haben: wie waren die Beziehungen des Angeklagten zu seiner Frau und zur Geliebten; unter welchen Umständen ist der Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen worden; und schließlich mit allem, was mit dem Absturz zusammenhängt.

Die heutige Sitzung begann mit der Klärung des dritten Fragekomplexes. Die Aussagen der Zeugen waren für den Angeklagten teils entlastend, teils belastend. Der Landgerichtsrat Dr. Borbed hat in Anwesenheit des Beschuldigten und einer Anzahl von Gerichtspersonen die Inaugenscheinnahme vorgenommen. Die Fundstelle der Leiche hatte den Verdacht aufkommen lassen, daß die Absturzstelle von ihm falsch bezeichnet worden sei. Bei Besichtigung des Goldzechhorns ergab sich jedoch, daß die Absturzstelle der Fundstelle der Leiche wohl entspricht. Der Angeklagte schilderte, wie er zuerst mit seiner Frau an einem geschützten Ort saß, der keine Aussicht gewährte, wie sie sich zum Rande der Felsplatte begab, plötzlich aufschrie: „Zum Teufel, zum Teufel“ und verschwand. So mühselos der Aufstieg auf den Goldzechhorn und so ungefährlich der Abstieg war, so verhängnisvoll kann unter Umständen ein unvorsichtiger Schritt am Rande der Spitze werden. Nicht ohne Interesse war da die Frage des Staatsanwalts an den Zeugen, ob nicht einem der Herren, die an der Inaugenscheinnahme teilgenommen haben, schwindlig geworden sei und er ganz ängstlich dem Landgerichtsrat zugerufen habe: „Zurück, zurück, Herr Landgerichtsrat.“ Ein Zufall fügt es übrigens, daß dieser Landgerichtsrat selbst einmal Zeuge eines Bergunfalls gewesen, der ihm sehr nahe gegangen ist. Die Verteidigung erinnert daran, gewissermaßen um einen Parallelsatz zu konstruieren. Der Landgerichtsrat war bei einer Bergtour mit seinem Freunde zusammen angefaßt, das Seil riß, der Freund stürzte ab und verunglückte tödlich. Später entstand für einen Augenblick ein Gefäßschuß, der Landgerichtsrat habe das Seil entzweiggeschnitten. „Sehen Sie, wie

leicht man in den Verdacht kommen kann, einem Unfall verursacht zu haben“, hatte darauf der Angeklagte bei der Inaugenscheinnahme dem Zeugen gesagt. Im übrigen habe Treiber bei seiner Darstellung des Unfalls einen äußerst glaubwürdigen Eindruck gemacht.

Weniger günstig sind für den Angeklagten die Aussagen der weiteren Zeugen. Sie sind aus Tirol nach Dresden gekommen, um in ihrem unverfälschten Dialekt die ineinander widersprechenden Befundungen Treibers dem Gericht wiedergzugeben. Und wie sehr widersprechen sie sich. Jeder neue Zeuge bringt eine neue Darstellung. Die Hüttenwirtschafterin Schaber bleibt dabei, daß der Angeklagte ihr als Absturzstelle nicht den Gipfel des Goldzechhorns gezeigt habe, sondern den Sattel unterhalb des Gipfels. Sie muß allerdings auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Klsberg zugeben, daß sie damals so aufgeregt gewesen sei, daß sie nicht mit Bestimmtheit wahrgenommen habe, welche Stelle er gemeint habe. Das hatte sie auch dem Untersuchungsrichter im Dezember 1926 gesagt. Ferner erinnert sie sich auch, daß der Angeklagte gefragt hat, ob man nicht zur Absturzstelle hinunter könne und daß er hinuntergerufen habe.

Eine andere Darstellung soll Treiber der Köchin Tribuser gegeben haben: er sei stehen geblieben, seine Frau sei aber weiter gegangen um den Sonnenuntergang zu sehen, da hätte er plötzlich einen Ausschrei gehört; im gleichen Augenblick sei seine Frau verschwunden. Er habe auch nicht mit Bestimmtheit sagen können, nach welcher Seite des Sattels sie abgestürzt sei. Aber auch sie gibt zu, daß er noch unten, also in Richtung der Leiche hingehört habe, ob nicht Hilferufe kämen.

Und schließlich die Aussage des Führers Ledners. Er hatte an der Suche nach der Leiche teilgenommen. Treiber habe ihm gesagt, daß er zum Gipfel des Goldzechhorns voran gegangen sei, als er plötzlich hinter sich zuerst einen Ausschrei seiner Frau und dann den Anschlag des Körpers gehört habe. Sämtliche Zeugen bleiben, trotz der Vorhaltungen der Verteidigung, bei ihrer Darstellung. Kein günstiges Ergebnis für den Angeklagten.

Ein Nationalsozialist vor Gericht.

Erst schimpfen, dann winseln!

Bogen Beleidigung des Potsdamer Landgerichtsdirektors und früheren deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Warmuth und des Landgerichtsrats v. Horn, sowie des Polizeioberwachmeisters Nowow von der Schutzpolizei Potsdam mußte sich heute der Nationalsozialist Werner Leichert aus Berlin-Neutölln vor dem Potsdamer Schöffengericht verantworten.

Am 23. Februar fand vor dem Potsdamer Schöffengericht ein Prozeß gegen den Angeklagten und andere Nationalsozialisten statt. Während einer Pause trat Leichert auf den Gerichtskorridor heraus, auf dem mehrere Polizeibeamte standen. Leichert rief aufgeregt die Worte: Die Polizei und das Gericht sind die reinsten Judenhirnen geworden. Der Potsdamer Polizeipräsident, sowie der Kammergerichtspräsident stellten Strafantrag. Vorstehender Landgerichtsrat Hartung: Was veranlaßt Sie zu dieser Bezeichnung? Angeklagter höhnlisch lachend: Na, Herr Richter, wenn man die Prozesse über Barmat, Kusliser und Rag Holz verfolgt hat, dann muß man zu einem derartigen Standpunkt gelangen. Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen. Der Anklageverteiler erster Staatsanwalt Dr. Fuhrmann beantragte drei Monate Gefängnis und Publikation des Urteils im „Potsdamer Volksblatt“ und der „Potsdamer Tageszeitung“. In der Begründung führte der Staatsanwalt aus, daß die Gleichstellung der Polizei mit Judenhirnen die schwerste Mißachtung bedeutet. Solche unerhörte Verunglimpfung fordere schwere Sühne. Der Angeklagte, zum letzten Wort zugelassen, deutet mit der Hand auf die eine Wand des Gerichtssaales und sagt: „Sehen Sie, hier bei Ihnen in Potsdam steht im Gerichtssaal der schöne Spruch: „Ich will sein ein milder Richter den Armen und den Reichen“. Bitte auch danach zu handeln!“ Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis und Publikation in den obengenannten Zeitungen.

Ueberschwemmung im Norden.

Eine große Ueberschwemmung wurde gestern nachmittag durch den Bruch eines Hauptrohres in der Berg-Ede Invalidenstrasse hervorgerufen. Der Straßenbau wurde plötzlich aufgesperrt und eine mächtige Wasserfontäne schoß an die Oberfläche. In kurzer Zeit war die Straße in größerer Ausdehnung überschwemmt. Die Unfall-

stelle wurde sofort polizeilich abgesperrt. Der zu Hilfe gerufenen Feuerwehr gelang es, durch Einschalten der Sicherheitschieber ein weiteres Ausströmen der unter starkem Druck stehenden Wassermassen zu verhindern. Die Wasserwerke ent sandten eine größere Arbeiterkolonne an die Unfallstelle. Die Ausbesserungsarbeiten werden erst heute gegen mittag beendet sein. Als Ursache des Rohrbruchs wird eine plötzliche Bodenentwässerung angenommen. — Der gesamte Verkehr mußte längere Zeit umgelenkt werden.

Die Alterspräsidentin der Stadtverordnetenversammlung.

Nach dem Tod des Stadtverordneten Bamberg ist jetzt das älteste Mitglied der Stadtverordnetenversammlung unsere Genossin Bahrenwald, die vor kurzem das 76. Lebensjahr vollendet hat. Das dienstälteste Mitglied ist schon seit längerer Zeit unser Genosse Heilmann, der im Januar 1900, vor jetzt bald 29 Jahren, in die Stadtverordnetenversammlung eintrat.

Ein englisches Riesenluftschiff.

Das Luftschiff Rammoth R 101, das im Auftrag des Rüstbüros für Luftschiffahrt in Cardington bei Bedford gebaut wird, ist zur Hälfte fertiggestellt. Es ist zu fliegen nach Australien, Indien und Ägypten bestimmt. Wenn keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten eintreten, wird es noch vor Weihnachten fertig sein. Dieses Luftschiff ist etwas größer als der neue Zeppelin und wird mit vollständiger Ausrüstung, Mannschaft, Ladung und Brennstoff nur 150 Tonnen wiegen.

Kreismitgliederversammlung Mitte.

Eine Kreismitgliederversammlung des 1. Kreises (Mitte) beschäftigte sich mit der gegenwertigen politischen Lage und den nächsten Aufgaben der Partei. Genosse Rierendorff schilderte zunächst die durch die in Aussicht genommene Regierungsbildung entstehenden Probleme. Er forderte entschiedenen Kampf gegen den Panzerkreuzerbau. Nach einer lebhaften Aussprache wurde folgende von Weinberg eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Bezirks Mitte teilt die allgemeine Empörung der Parteigenossen darüber, daß die von der Partei in die Reichsregierung entsandten Genossen dem Bau des Panzerkreuzers nicht widersprochen haben. Sie verlangt mit aller Entschiedenheit, daß die parteigenösslichen Minister und die Reichstagsfraktion die Bewilligung weiterer Raten für diesen Bau auf das schärfste bekämpfen. Sie verlangt insbesondere vom Reichsfinanzminister Genossen Dr. Hilferding und vom Reichsminister Genossen Müller-Franken, daß sie von ihrem gesetzlichen Rechte, die Einstellung weiterer Raten für den Bau des Panzerkreuzers in den Etat zu verhindern, Gebrauch zu machen.“ — In seinem Schlußwort wies der Versammlungsleiter nachdrücklich auf die am 21. Oktober anlässlich der fünfzigjährigen Wiederkehr des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes stattfindende Kundgebung hin.

Auf dem Heimweg tödlich verunglückt. Auf der Wiener Brücke in nächster Nähe des Göring Bahnhofs, wurde gestern abend um 21 Uhr der Tapezierer Paul Heise aus der Reichenberger Straße 99, der sich auf seinem Fahrrad auf dem Heimweg befand, von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Der Verunglückte starb auf dem Wege zur nächsten Rettungswache. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Wie groß ist das Weltall? Sonabend, den 6. Oktober, spricht Prof. Dr. Ets Strömger, Direktor der Kopenhagener Universitäts-Sternwarte, 1. Vorsitzender der Astronomischen Gesellschaft, im Planetarium über obengenanntes Thema.

Mitglieder der Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“. Sonnabend, den 6. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus „Jägerheim“, Hohenbuchowen, Markgräber Weg, Versammlung. Erscheinen aller S.V.D.-Genossen und Sympathisierender, auch der Genossen, die ihre Mitgliedschaft zum 31. Dezember 1928 aufgelündigt haben und somit noch die Haltung der Genossenschaft gegenüber zu erfüllen haben, im eigenen Interesse unbedingt erforderlich. (Fahrverbindung Straßenbahn 66.)

Schon wieder die alten Verdauungsstörungen?

Lesen Sie sich einmal rates: Essen Sie regelmäßig

Rufete-Suppen.

Diese bringen und halten Ihre Verdauung in Ordnung. Sie machen Sie mir vorlieb, was ich auch ungenießbar, aber die verdauungsregende und stehende Wirkung von „Rufete“ hat mich bald zum besten Bekleidet und wird auch Sie überzeugen. Werbeliefen können die Rufete-Suppen ganz leicht, gar nicht zu verdienen mit den vielen trockenen Schälchen. Schreiben Sie an: Rufete-Suppen, 10000 Berlin, Köpenicker Straße 100.

Funkwinkel.

Leo Wenigers Vortragsreihe „Satiren, Grotesken, Galgenhumor und Galgenlieder“ hätte auf den Abend gelegt werden müssen. Man hätte damit sicher mehr Hörern Freude bereitet als mit der sich in der Programmzusammenstellung immer wiederholenden, ziemlich farblosen „Unterhaltungsmusik“. Dichtungen von Hall, Heine, Morgenstern, Ringelnatz u. a., von Weniger schlagkräftig rezipiert, reflektiert mit sanfter Ironie kleine und kleine Weltauschnitte und menschliche Mittelpunkte. Beethoven-Werke brachten am Nachmittag in ausgeglichener Spiel der Pianist James Simon und die Cellistin Eva Heintz. Generalmusikdirektor Hermann Abendroth mit dem Funtorchestor bot am Abend ein Brahms-Konzert von hohem künstlerischen Wert. Der Kölner Musiker unterstrich die dunkle Wucht des Norddeutschen Brahms in inbrünstiger Verlesenheit in diesen Welt- und Kunsternst. Dr. Fedor Kaul behandelte in seinem Vortrage „Wie bilde ich mich neben meinem Beruf weiter?“ die Gebiete „Politik und Kunst“. Ueberparteilich und jedem zugänglich sind die Kurse der Hochschule für Politik. Daneben gibt es Partei- und Gewerkschaftskursen. Die freien Gewerkschaften haben ein sehr gut ausgearbeitetes System von Abendkursen, in denen die Hörer ihr politisches Verständnis erweitern und sich vor allem auf praktische Gewerkschaftsarbeit vorbereiten können. Nachschulen für Wirtschaft und Verwaltung in einigen deutschen Städten bieten ebenfalls die Möglichkeit zur politischen und wirtschaftspolitischen Fortbildung in den Abendstunden. Künstlerische Weiterbildung an staatlichen und städtischen Schulen ist dagegen fast nur den beruflich daran Interessierten möglich. Fast für alle Abendkurse wird hier eine Aufnahmeprüfung oder mindestens der Nachweis der Berufsarbeit auf dem betreffenden Gebiet gefordert. Wissenschaftlicher Fortbildung dienen besonders auch noch die Rundfunkkurse der Deutschen Welle. Hans Hirschstein, Dozent an der Handelshochschule Berlin, begann eine Vortragsreihe über „Mineralische Rohwaren — ihr Einfluß auf das Werden der Völker und der Gewerbe“, mit einer Abhandlung über „Die Kohle“. Ihre Bedeutung für Staatswirtschaft und Weltwirtschaft stellte der Redner übersichtlich und sehr anschaulich dar. „Komödien des Alltags“, die sich besonders bei jugendlichen Streitigkeiten vor den Gerichten oft genug abspielen und die viel Allgemeines enthalten, schilderte Lucie Spitzer. Ten.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 8. 10. Staats-Oper Unter den Linden Geschlossene Veranstaltung!	Freitag, d. 8. 10. Städtische Oper Bismarckstr. Turnus 6 19 1/2 Uhr Die Hochzeit des Figaro
Staats-Oper Am Platz Republik R.-S. 188 20 Uhr Salome	Städt. Schauspiel in Lindenstr. A.-V. 165 20 Uhr Was jede Frau weiß
Städt. Schiller-Theater, Charlitzg. 70 Uhr Die Weber	

SCALA

8 Uhr B. S. Barbarossa 0250
Original Theresia-Trio, Musik aus
der Zeit.
Powers-Rieson-Tanz-Ensemble vom
New York-Flippodrom
und das große Variété-Programm.

Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
8.30 u. 8 Uhr. — 3.30 ermäßig.
Preise das ganze Programm.

Komische Oper
James-Klein-Revue:
**Tausend
nackte
Frauen!**
Die große Revue!
Parkett nur 4,50 Mk.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr

**Frau Lehars
Friederike**

Buch von Hedwig Herten und
Willy Eschner unter der feinfühli-
gen Leitung des Komponisten mit
Käthe Dorsch
als Friederike Lehars und
Richard Sauber
als Johann Wolfgang Goethe
Hörner • Bepfermann • Her-
mann • Plegmann • Doro
Rey • Hinz • Halls • Zitz
Schumann

Regie: Fiedemann • Fiedrich
Ausstattung: Benno v. Berni
Schriftsteller: Blumauer
Sonderausf. für die ersten
14 Vorstellungen.

Großes Schauspielhaus
CASANOVA 8 Uhr
mit Michael Bobson. Regie: Charell
8 U. Sonntag Nachmittagsvorst. 3 U.
zu halben Preis. Ungel. kürzte Vorst.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lotharstr. 37.

**Neut Neut
Stöpsel**

Dazu ein erstklassiger buntes Teil.
Für unsere Leser Gutschein für 1-4 Pers.
Preis nur 1,15 M., Sessel 1,65 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

Für 50 Pfg. ins
Palast-Theater!
8 Uhr Variété und Tanz!!

Renaissance-Theater
8 1/2, Heute 8 1/2

Ton in des Töpfers Hand

Trago. — einer Familie v. Theodor
Dreier. — Deutsch von Paul Eger.
Regie: Gust. Hartung.

**Winter
Garten**

Tägl. 8 Uhr
Das vollständig neue
Oktoberprogramm
mit allerersten inter-
nationalen Variété-
Kunstkräften

Sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen
8.30 und 8 Uhr
3.30 kleine Preise
Rauchen gestattet

Volksbühne
Theater am Wilhelmsplatz
8 Uhr

**Der lebende
Leichnam**

Theater am
Schiffbauerdamm
8 Uhr

**Die Drei - Groschen-
Oper**

Thalia-Theater
8 Uhr

**Schneider Wibbels
Auferstehung**

Streif. Schiller-Th.
8 Uhr

Die Weber

St. Ansgar am Platz
der Republik
8 Uhr

Solome

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr

**Die Drei-Groschen-
Oper**

Paulsen, Valetti,
Ander, Gerzon,
Schaufuß, Kühl,
Lenja.
Teleph. Norden 1141 u. 731

Deutsches Theater
Norden 12 310
8 U. Ende nach 10 1/2
Zum 124. Male:
Artisten
mit Max Reinhardt

Die Komödie
Bismarck 2414/2816
8 1/2, Ende 11 1/2 Uhr

**Eltern und
Kinder**
Komödie
von Bernard Shaw

Kammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 U. Ende 10 Uhr

Oktoberfest
Schauspiel von
Georg Kaiser
Vorverk. ab 1. Okt.
auch im Pavillon d.
Reinhardt-Bühnen,
Kurfürstendamm,
Ecke Uhlandstraße
Bismarck 448 u. 449.

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 96
Dönhof 170
8 Uhr

**Der lebende
Leichnam**
mit Max Reinhardt
Ende nach 10 1/2 Uhr

HALLER-REVUE
„Schön und
schick“
(Th. im Admiralspalast)
Täglich
8 1/2 Uhr

2 Sonntag
Vorstellungen
1 Uhr 3 1/2, 8 Uhr. Nat-
urliche, in halbes Preisen

Thalia-Theater
Jresdener Str. 72-77

**Schneider Wibbels
Auferstehung**
Heinrich Grothebeck.

Einladung zum Ehrenabend

anlässlich der Anwesenheit der russ. Schau-
spielerin W. Baranowskaja, der Haupt-
darstellerin in den Filmen „Die Mutter“
und „Das Ende von St. Petersburg“ am
Sonnabend, dem 6. Oktober 1928
abends, 8.30 Uhr, in der Alhambra,
Kurfürstendamm 68.

Aus dem
Programm: 1. Einzelnde Worte, gesprochen von Arthur
Holtzner • 2. Vorführung des Films „Die Mutter“
3. Rezitationen aus „Mutter“ von Maxim Gorki,
von W. BARANOWSKAJA • 4. Szenen
auf dem Film „Das Ende von St. Petersburg“.

Karlsruhervorverkauf Alhambra, Kurfürstendamm 68, Volks-Film-
Verband, Fiedrichstraße 235 und bei den Verbandsstellen-
des Verbandes. Telefon. Bestellungen: Bergstraße 7046

**Theater
in der Stadt**
Sopran Eugen Robert
Sonderausf. 57
Täglich 8 Uhr

Spiel im Schloß
Inszen. von Fritz Höber.
Regie Eugen Robert
Amen • Gumbert, 1. Hof-
Schüler, 1. T. Lehr, In-
szen. von
Teuveler, Pilsch
Hochs • Mark
Billigster Platz
Eins Mark

Trianon-Th.
8 1/2 Uhr

**Die ungekübte
Eva**
Operette mit Jazz-
musik, Originalbes.
Sonnab. u. Sonntag
4 Uhr

Froschkönig
Kindervorstellung
mit Gesang u. Tanz
Rundfunkhörer
halbe Preise

Reichshallen-Theater
Abends 8 1/2 Sonntag, nachm. 3

Stettiner Sänger

Das wunderbarste Oktober-Prakt.
Nachm. halbe Preise, volles Progr.

Doppel-Brett!
Variété-Schmuck, Tanz!
Anfang 8 Uhr, Schluß 9 1/2 Uhr.

Rose-Theater
St. Ansgar 11. 137
8 1/2 Uhr

Perle-Schätze

Planetarium am Zoo
Lehrer, Nachmittags 7
Noll, 1928
16 Uhr
Der Sternhimmel
im Herbst
18 Uhr
Erde und Weltverwand.
20 Uhr
Der Einfluss d. Gestirne
(Volks-glaube und
Wissenschaft.)

Verovskij-Bühnen
Sa. Kurfürst. 31.
Täglich 8 1/2 Uhr

Der rote General.

Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr

Hokuspokus
mit Curt Götz

Wappsteinman
der H. Bismarck 7
H. U. P.

Groß-Berlin
Alexanderplatz.

**Auswanderer
nach AMERIKA**

Unsere Vertreter sind jederzeit gern bereit
Auskünfte über Beschaffung des Visums zu
geben sowie bei Regelung von Passagen
behilflich zu sein

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin G. m. b. H. Unter den
Linden 1 (Hotel Adlon). Fernspr. Zentrum 12 200 u. 12 201.
F. Montanus, Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd,
Invalidenstr. 53 (zwischen Lehrter und Sietlinger Bahnhof),
Fernspr. Norden 12 241 u. 7914.

Th. in der Lützowstr.
8 1/2 Uhr. Kurt 0200.
Letzte Aufführung
Bevorzugt alle
mit Ferdiand Bonn
Ab Dienstag, 9. Okt.
8 1/2 Uhr:
L. M. Lottman in
„Rundendort
auf Welle 0.5“

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr

Max Adalbert
in
Müllers
dermalen Sterke,
Lands, Siktir

Theater des Westens
8 Uhr

**Moskauer 160.
akad. Theater**

**Die Reise
Benjamins III.**
Reg. A. Granovsky

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr

**Arm wie eine
Kirchenmaus**
L. v. Tolstoj, L. Lamm
L. Wilm, Geyer, Strub

Theater u. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel.: Moritzpl. 16077

Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)

Mitte-Sänger mit

„Silberne
Hochzeit“
Lebensbild

„Pere“
einem toll.
Schwank

Volkpreise: NK. 6.50, 7.00, Logen 7,50

**C&A
BRENNINKMEYER**

Wie angegossen sitzt der Mantel,
und das ist nicht einmal ver-
wunderlich. Denn für jede Größe
finden Sie bei uns etwas Passendes.

Er ist gut verarbeitet — aus gu-
tem Stoff — dauerhaft im Tragen —
und ist doch einer von den Män-
teln, deren niedrige Preise bei
uns so viel bestaunt werden.

Gehen Sie zu C. & A.

Für jedes Kleidungsstück, das Sie
bei uns kaufen, übernehmen
wir volle Garantie dafür, daß es

**gut sitzt
und sich
gut trägt!**

**C&A
BRENNINKMEYER**

**Königstraße 33
Am Bf. Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bf.**

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

**Sonntag?
LUNAPARK**

**theater am
Nollendorferplatz**
Täglich 8 1/2 Uhr
Schwarzwald-
mädel!

**Auf
Teilzahlung
Elegante
Herren-
Moden**
fertig und nach Maß

garantiert für tadellose
Site und Verarbeitung.

**Nur Qualitätsware
zu konkurrenzlos
billigen Preisen**
erhalten Sie nur in der

**Maßschneiderei
J. Kurzberg**
Oranienstraße 160 und
Chausseestraße 1
Eingang Kleiner Straße.
Kein Waren-Kreditaus.
Austausch Spezialgeschäft.

Presse und Reparationsproblem

Reichskanzler Hermann Müller vor den Zeitungsoberlegern.

Auf einem Bankett des Vereins Deutscher Zeitungsoberleger, der zu seiner diesjährigen Hauptversammlung in Berlin zusammengetreten ist, hielt Reichskanzler Müller eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Wir sind alle davon überzeugt, wie notwendig die Zusammenarbeit zwischen Presse und Regierung ist, und wer nicht davon überzeugt ist, der müßte befehligt werden durch die großen Aufgaben, die uns in der nächsten Zeit zur Lösung vorgelegt sind. Es wird außerordentlich wichtige Verhandlungen geben, die für das deutsche Schicksal entscheidend sein können. Wir wissen, daß unsere Lage im Ausland vielfach falsch eingeschätzt wird, daß man nicht weiß, daß vieles von dem Schönen, das sich den Blicken der uns vorübergehend besuchenden Ausländer bietet, nicht einer gesunden Blüte entstammt, sondern auf geborgtem Boden gewachsen ist. (Zustimmung.) Ich glaube, in diesem Punkte hat die Presse die Aufgabe, in der nächsten Zeit das Beste zu leisten, um die notwendige Aufklärung in der ganzen Welt über das Deutschland, wie es ist, zu schaffen. Dabei fällt es mir gar nicht ein, die Leistungen zu unterschätzen, die in den letzten zehn Jahren in Deutschland vollbracht worden sind. Ich habe in diesen zehn Jahren der Politik sehr nahe gestanden, und es hat mich von uns getrennt, der vor zehn Jahren nicht geglaubt hätte, daß in diesem Maße ein deutscher Wiederaufstieg möglich wäre, wie er sich tatsächlich vollzogen hat. (Zustimmung.) Wir wollen uns dessen freuen und wollen weiter in diesem Sinne arbeiten.

Es handelt sich aber nicht nur darum, die deutsche Wirtschaft für alle Zukunft durch die Endlösung in der Reparationsfrage sicherzustellen, sondern uns dazu gleichzeitig die Sonderumlage über das gesamte Deutschland, insbesondere über Rhein und Saar, wiederzugewinnen. (Lebhafte Beifall.)

Ich bin vor wenigen Wochen in Genf gewesen, und ich unterhalte mich nicht die Schwierigkeiten, die uns entgegenstehen. Wer diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, und dazu muß sich das deutsche Volk in den Teilen zusammensuchen, die positiv zum Staate eingestellt sind.

Ihr verehrter Herr Vorsitzender hat Sie bereits auf die Ziellosigkeit der Presse hingewiesen. Sie ist ja in dieser Beziehung nur das Spiegelbild des deutschen Parteiwesens, nicht nur seit heute und seit zehn Jahren. Wenn es nur nach den Zahlen geht, so haben wir im früheren Staat vor der Republik ebenfalls Parteien gehabt, aber die neue Verfassung hat den Parteien neue und größere Aufgaben gegeben, und es ist notwendig, daß gleichgültig, ob das Pendel mehr nach rechts oder mehr nach links ausschlägt, Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, die Deutschland wirtschaftlich und politisch wieder hochbringen können.

Diese Arbeitsgemeinschaften sind nur zu bilden, wenn unter Mitarbeit der Presse das Leugnende zurückgestellt und das Verbindende hervorgehoben wird.

Das ist die große Aufgabe der Presse der Parteien, die positiv zum Staat eingestellt sind. (Beifall.) Darüber hinaus aber hat die Presse vor allem die Aufgabe, den Deutschen die Stimmungen zu übermitteln, die im Ausland vorhanden sind. Sie wissen ja alle, daß die Stimmungen der Regierungen verschieden sind von denen der Völker, sonst könnte ich mir nicht erklären, warum eine Arbeitsgemeinschaft in Genf solche Aufregung hervorgerufen hat. Man mußte wohl, daß der Ruf nach Abrüstung unterstützt werden müßte von allen Völkern, und daß schließlich die Regierungen auch der Stimmung ihrer Völker Rechnung tragen müssen.

Genf und der Völkerbund sind dazu da, das anzusprechen, wenn die Regierungen noch nicht begriffen haben, um was es sich handelt. (Beifall.)

Ich will Ihnen nicht Vieles über die Presse sagen. Ich habe ihr selbst angehört, aber meine direkten Beziehungen bereits 1910 abgebrochen. Wenn ich heute die Ehre habe, in diesem Kreise zu reden, so müßte ich am Schluß auf eine andere Erinnerung aufmerksam machen, die mir der Auffrischung wert erscheint. In diesem Vierteljahr wird sich in Berlin zum zehntenmal die Woche abspielen, in der es zweifelhaft erscheint, ob die Regierung Ebert-Scheidemann sich gegen den spartakistischen Aufstand halten könnte. Sie wissen, daß bei diesen Unruhen das Berliner Zeitungsgewerbe stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Man machte auf einmal die Erfahrung, daß Rotationspapier sehr gut zu Vorrätern verwendet werden könnte. Es war die Woche, wo in der Schützen-, Zimmer- und Blindenstraße am meisten geschossen worden ist. Ich war damals als Mitglied des Volkstages hervorragend an den sogenannten Kompromißverhandlungen beteiligt.

Ich bin damals auf ein Kompromiß nicht eingegangen, sondern habe darauf gehalten, daß auch in jener illegalen Zeit die Pressefreiheit erhalten bleibe. Wir haben wenigstens mit allen Mitteln darauf hingearbeitet und haben es in den fünf Tagen erreicht. Wenn damals Ebert, Scheidemann und meine Weggenossen für die Meinungsfreiheit der Presse aller Parteien eingetreten sind, so deshalb, weil sie das für absolut notwendig im Interesse des Staates hielten, weil sie auch in der illegalen Zeit diese Meinungsfreiheit sichern wollten in stolzer Erinnerung an ihre Väter und Großväter, die 1848 für die Pressefreiheit in Deutschland gekämpft hatten. Sie waren davon überzeugt, daß für ein gesundes Staatsleben eine freie Presse notwendig ist, eine Presse, auf die das deutsche Volk stolz sein kann und welcher Ueberzeugung nach für alle Zukunft stolz bleiben wird. (Lebh. Beifall.)

Betrunkene Sowjetrichter.

Die Sicherheit der Polizei bedroht.

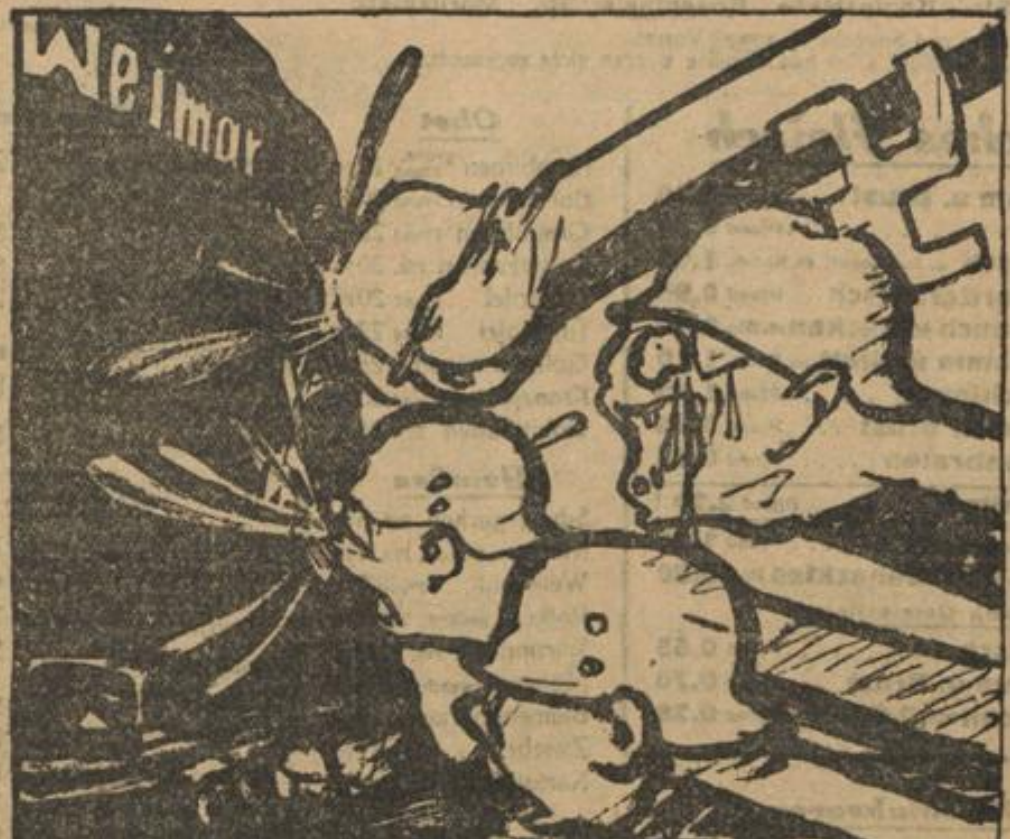
Moskau, 4. Oktober.

Der Staatsanwalt Postnikow, der Vorsitzende Schirjakow und der stellvertretende Vorsitzende Sowlejew am Gouvernementsgericht in Tula sind abgesetzt worden. Eine Revision hat ermittelt, daß diese Vertreter der Sowjetjustiz infolge von Trunkenheit ihre Amtspflichten nicht ordnungsgemäß erfüllten und die Sowjetmacht diskreditiert hätten.

Das Volkskommissariat des Innern hat auf Grund einer Vereinbarung mit dem Justizkommissariat beschloffen, Uebertreter und Angehörige der Polizei künftig mit wesentlich strengeren Strafen zu ahnden.

Selbstmordversuch eines kommunistischen Funktionärs. In Torgau wurde in seiner Wohnung der Provinziallandtagsabgeordnete und Vorsitzende der kommunistischen Fraktion, Parteisekretär Holzweilig, aufgehängt aufgefunden. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo es den Ärzten gelang, den bereits Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen.

Stahlhelm-Offensive.



Stahlhelme allein schaffen's nicht, solange die Gehirne darunter fehlen!

Flaggenrecht, nicht Flaggenzwang!

Der deutschnationale Flaggenantrag vor dem Landtag.

In der Donnerstagssitzung des Landtags wurde zunächst der deutschnationale Antrag zur Flaggenfrage verhandelt, der die Aufhebung aller Erlasse fordert, durch die Gemeinde- oder sonstige Behörden zum Zeigen der Reichsflagge veranlaßt werden sollen. Außerdem verlangt der Antrag die Entlassung des Ministerialdirektors Dr. Badi.

Abg. Steuer (Dnat.): Der Flaggenkampf hat die Staatsautorität sehr geschädigt. Wir protestieren gegen den Gefinnungszwang und den schamlosen Mißbrauch wirtschaftlicher Abhängigkeit, der in dem erzwungenen Zeigen von Schwarzrotgold liegt. Wir protestieren auch gegen den Reiz der indirekten Flaggenzwangs, den Berliner Oberbürgermeister Dr. Börs, den genialen Bekämpfer der Wohnungsnot. (Große Heiterkeit rechts.) Das Bureau des Reichspräsidenten hat beim Beschluß in Oberhiesleben dagegen protestiert, daß der Reichspräsident die Beflaggung mit Schwarzrotgold wünsch. (Große Unruhe links und in der Mitte.) Die Verfassungsfestern sind ein widerwärtiges Schauspiel von Regie und Erpressung geworden. Sie sind die Krone der Novemberrevolution, dieses Kollektivausbruches von Landesverrat, Verbrechen und Schamlosigkeit. Wir fordern Freiheit für die Gemeinden und für das Volk. (Lachen links, stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Ueber die Flaggenfrage werden wir sprechen, wenn unser einschlägiger Gesetzentwurf zur Entscheidung kommt. Jedenfalls haben die Deutschnationalen, von denen zwei Anträge zur Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden vorliegen, am allerwenigsten das Recht, sich als Vorkämpfer der Selbstverwaltung auszusprechen. Wir denken gar nicht daran, einen Gefinnungszwang gegen irgendjemanden auszuüben. Wir verlangen nichts weiter, als daß die Selbstverwaltungskörperschaften der Reichslande Schwarzrotgold die Achtung und Anerkennung zollen, die für Reichs- und Staatsregierungen aller parteipolitischen Zusammenfassungen seit Jahren selbstverständlich ist. (Sehr gut links.) Früher wurde nicht nur der Beamte, sondern auch der Privatmann, der beim Kaiserhof nicht aufstand, gemahregelt und wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Heute existiert eine die Republik bekämpfende Partei, wie die der Rationalisierungsisten, und für diese Partei haben zum Beispiel bei den Reichstagswahlen im Kreise Westermars sechs Beamte kandidiert. Pfarrer a. D. Münchmeyer (Heiterkeit), ein Lehrer, ein Angestellter der Regierung Denobrid, ein Reichsbahnangestellter, ein Justizbureauassistent und ein Major a. D., der den verlumpten Staat mitbekämpft, aber das Geld von ihm nimmt. (Sehr gut links.) Der Gefinnungszwang bei den Verfassungsfestern ist so ungeheuerlich, daß an der diesjährigen Verfassungsfestern in Glog in Schlesien kein Richter des Amts- und Landgerichts und kein Staatsanwalt teilgenommen hat! (Hört, hört! links.) Der heutige deutschnationale Redner trug das Abzeichen des Stahlhelms. Die jüngste Volkshoheit des Stahlhelms lautet bezeichnend: „Wir haben mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen.“ (Hört, hört! links.) Ich will so lakonisch sein, die Auseinandersetzung mit diesen Staatsfeinden der näher beteiligten Deutschen Volkspartei zu überlassen. (Große Heiterkeit.) Zum Besuche des Reichspräsidenten in Schlesien hat Oberpräsident Lüdemann einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, die Bevölkerung ehre diesen höchsten republikanischen Beamten am besten dadurch, daß sie von jeder einseitigen parteipolitischen Demonstration absehe und ihn gemeinsam mit der schwarzrotgoldenen Fahne, dem Banner der Republik, begrüße, das der Reichspräsident selber in seinem Wappen führt.

Ein Protest des Bureaus des Reichspräsidenten ist ebensowenig gegen diesen Aufruf erfolgt, wie gegen die Rede Lüdemanns, in der er sagte, daß leider gewisse Kreise noch hoch gegen den republikanischen Staat predigen, daß aber die Massen des Volkes davon nichts wissen wollen. (Lebhafte Beifall links.)

Was endlich den deutschnationalen Antrag auf Abberufung des Ministerialdirektors Badi anbelangt, so werden wir ihn erst in Erwägung ziehen, wenn ersicht hinzugefügt wird, daß statt seiner der staatsreue Herr Steuer Ministerialdirektor werden soll. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Kasper (Komm.): Uns ist der Flaggenzwang egal. Aber wir stimmen den deutschnationalen Anträgen zu. (Abg. Dr. von Sauer (D. Sp.): Wir sind für den Flaggenfrieden, nicht für den Flaggenstreit. Wir können deshalb jeden Zwang ab. Ob noch ein unzulässiger Zwang besteht, wollen wir im Verfassungsausschuß prüfen.)

Abg. Ley (Komm.): Schwarzrotgold ist eine jüdische Partei Fahne, in der nur noch der Davidstern fehlt. (Unruhe links.) Das bleibt so, auch wenn die ganze Synagoge brüllt. Die Republik und ihre Fahne sind ein Ausdruck deutscher Unehre. (Große Unruhe links.)

Der Antrag geht an den Verfassungsausschuß.

Es folgt der kommunistische Antrag auf Eingreifen Preußens zwecks Verhinderung des Panzerkreuzerbau. (Abg. Kasper (Komm.): Der Panzerkreuzerbau ist ein Verrot am Sozialismus, ein Gift für die Vertumpung der sozialdemokratischen Führer. Die Sozialdemokratie will den imperialistischen Eroberungskrieg gegen Rußland vorbereiten, aber wir werden die Sowjetrepublik mit allen revolutionären Mitteln verteidigen.)

Abg. Röble (Soz.):

Während der Rede des Abgeordneten Kasper war nur ein Drittel der kommunistischen Fraktion im Saale. Sehr groß ist das kommunistische Interesse am eigenen Antrag also nicht. Er soll eine Rettungaktion für die Volksbefragung sein. Aber dieses kommunistische Manöver ist bereits ein großer Reinfall geworden, nachdem am ersten Tag in ganz Berlin nicht mehr als 8013 Unterschriften zusammengebracht worden sind. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Fraktion lehnt selbstverständlich den kommunistischen Antrag ab. Die kommunistische Partei, die jedes neu gebaute russische Panzerschiff bejubelt, hat nicht das Recht, uns wegen dieser Frage überhaupt zur Rede zu stellen. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Ich lege auf den Tisch des Hauses die kommunistische Illustrierte Zeitschrift „Der Rote Stern“, die uns heute der Abg. Gohlke zugestellt hat. Sie enthält ein packendes Bild vom 14. Internationalen Jugendtag: die Jungkommunisten tragen mit hochgehobenen Händen das Modell eines neuen Panzerkreuzers im Demonstrationszuge. (Große Heiterkeit.)

Ich lege dazu die „Rote Fahne“ vom 27. September, die Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen in Rußland im Schützengraben und bei der Instruktion am Gewehr zeigt. (Erneute Heiterkeit.) Ich glaube, das genügt, um zu beweisen, daß die Kommunisten geschworene Feinde des Friedens und begehrte Militäristen sind. Nicht den Kommunisten, aber dem deutschen Arbeitervolke werden wir sagen, daß ganz unbeschadet der prinzipiellen Stellung zur Wehrfrage die sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsfraktion den Panzerkreuzerbau ablehnt und die dafür geforderten Gelder den viel dringenderen sozialen Aufgaben zuführen will. In dieser Bemühung werden wir mit allen zweckentsprechenden Mitteln fortfahren. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hestermann (Wirtsch.): Es ist unsinnig, bei dem entworfenen Deutschland von imperialistischen Plänen zu reden. In seinem Schlusswort erklärt Abg. Kasper (Komm.): Bauen Sie nur den Panzerkreuzer! Wir werden den Geist der Rebellion in Heer und Flotte hineinbringen.

Nach dem Beispiel der „Aurora“ und des „Potemkin“ soll das neue Panzerschiff seine Kanonen nur abschießen gegen die deutsche Bourgeoisie und mitten hinein in ihre Lokalen, die deutschen Sozialdemokraten. (Lachen bei den Soz.)

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der 21 anwesenden Kommunisten abgelehnt.

Abg. Lufschow (Dnat.) begründet einen deutschnationalen Antrag auf Erlass einer Vandalenstrafe für Disziplinarvergehen von Beamten.

Die Weiterberatung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Festlegung des Termins der Gemeindevahlen und die Interpellation wegen Aufbaus der Aktien des Rüstungsunternehmens Scherer durch die Preussentische.

Zum Kampf auf den Werften.

Die 50 000 kämpfen für eine gerechte Sache.

Seit dem 1. Oktober ruht auf sämtlichen deutschen Seeschiffswerften die Arbeit. In Hamburg, Bremen, Kiel und den anderen Hafenstädten haben die Belegschaften geschlossen die Betriebe verlassen, um einen ihnen ausgesetzten Kampf durchzuführen. Insgesamt sind 50 000 Werftarbeiter, also rund 95 Proz. der Belegschaften in den Streik getreten. Noch kurz vor dem offenen Ausbruch des Kampfes hat sich die bürgerliche Presse bemüht, den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell zu veranlassen, durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 18. September den offenen Konflikt zu verhindern. Nach persönlicher Aussprache mit den beiden Parteien hat sich Wissell aber dazu entschlossen, von seinem Recht der Verbindlichkeitsklärung keinen Gebrauch zu machen und den Gewerkschaften die Freiheit des Handelns zu lassen.

Seit 1924 gab es keinen organisierten Streik

auf den Seeschiffswerften. Es ist bekannt, daß die deutsche Metallarbeiterchaft 1924 neben dem Raub des Achtstundentages durch Unternehmerblitz auch Löhne hinnehmen mußte, die nicht annähernd den Lebensunterhalt decken konnten. Die gelehrten Schwerarbeiter auf den Werften verdienten bei einer 54stündigen Arbeitswoche, die erst im vorigen Jahre auf 52 Stunden ermäßigt wurde, bis zum Frühjahr dieses Jahres auf 78 bis 82 Pf., die Angelernten 71 bis 75 Pf. und die Ungerlernten 61 bis 66 Pf. die Stunde, worauf im April ein sehr geringer Zuschlag von 5 bzw. 3 Pf. je Stunde durch Schiedspruch ausgesetzt wurde. Bei der Handhabung des bisherigen Lohnsystems waren diese Löhne sogar noch einer vierfachen Staffellung unterworfen, so daß zum Beispiel die gelehrten Stettiner Schwerarbeiter nur einen Stundenlohn von 75 bis 79 Pf. erhielten.

Der Hamburger Schlichter Dr. Stenzel, der am 18. September dem Schiedspruch fällt, hat sich über die seit Jahren erlämpfte Grundforderung der Gewerkschaften, den Achtstundentag, hinweggesetzt, und nur eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine auf 61 Stunden die Woche zugestanden. Auch die vom Schlichter festgesetzte Lohnerhöhung um 4 Pf. bildete nur einen Bruchteil der geforderten, sicher beschiedenen Erhöhung des Stundenlohnes auf 1 Mark. Für die grundsätzliche Einstellung der Werftarbeiter ist es bezeichnend, daß sie sogar noch die vom Schlichter festgesetzten 4 Pf. Lohnerhöhung ablehnten.

Man muß sich bei diesen sehr schlechten Lohnsätzen vergegenwärtigen, daß auf den Werften denkbar schwerste Arbeit geleistet wird. In den Nieterei- und Schweißereibetrieben wird die Arbeitskraft der Belegschaften auf das äußerste beansprucht. Die Unfallstatistiken zeigen überraschend hohe Ziffern. Die volle Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderungen steht außer Zweifel.

Die Werften haben auch gut verdient.

Die Werftunternehmer haben es nicht unterlassen, die öffentlichen Meinung am Anfang des Jahres in ihrem Sinne zu beeinflussen. Schon zu einer Zeit, als es in der Schiffbauindustrie noch Arbeit gab, haben sie die Lage der Werften schwarz in Schwarz gemalt und erklärt, daß auch die geringste Lohnerhöhung für sie eine Unmöglichkeit sei. In sämtlichen Veröffentlichungen der Werftunternehmer wurde verschwiegen, daß die Werftindustrie seit fast zwei Jahren eine unerwartet gute Konjunktur erlebt hat, daß die Durchführung des Neubauprogramms der deutschen Großwerften ihren Beschäftigungsgrad ganz bedeutend gesteigert und erhebliche Neueinstellungen von Arbeitsträften nötig gemacht hat. Diese Aufträge, zu denen noch laufende größere Reparationsarbeiten kamen, waren, von Ausnahmen abgesehen, zu relativ so guten Preisen abgeschlossen, daß die Werftunternehmen nicht nur

ihre Krisenverluste tilgen, sondern darüber hinaus auch noch hohe Gewinne erzielen konnten.

Reichliche Dividenden und Abschreibungen.

So hat der Bremer Vulkan in den beiden letzten Jahren je 8 Proz. Dividende gezahlt und dabei die Aktionärgewinne für 1927 noch bewußt niedrig angelegt, da die Verwaltung bereits mit einer Lohnerhöhung im Herbst als einer feststehenden Tatsache rechnete. Wie gut diese Großwerft dasteht, die sich in den Händen des Ruhrmagnaten Thyssen befindet, geht schon daraus hervor, daß in der Bilanz vom 31. Dezember 1927 die „in Arbeit befindlichen Bauten und Materialien“ von 3,8 auf 16,8 Millionen gestiegen waren, deren Erträge sich im übrigen erst im laufenden Geschäftsjahr auswirken werden.

Die Deutsche Werft in Hamburg, die gleichfalls von schwerindustriellem Kapital und dazu dem A.G.B.-Konzern beherrscht wird, war in der Bage, ihre Dividende 1927 trotz des verdoppelten Aktienkapitals von 6 auf 8 Proz. zu erhöhen, nachdem durch verdreifachte Abschreibungen auf die Anlagen der Reingewinn von vornherein schon sehr erheblich gekürzt war.

Die führende Hamburger Werft von Blohm und Voß hatte in ihrem letzten Jahresabschluss für 1926/27 sogar einen verdreifachten Reingewinn ausgewiesen.

Wenn der größte deutsche Schiffbaukonzern, die Deschimag in Bremen (Deutsche Schiffbau und Maschinen A.G.) im letzten Jahre keine Dividende zahlte, so läßt dies noch nicht auf eine schlechte Lage des Unternehmens schließen, denn dieser Konzern steht noch inmitten eines umfassenden Konzentrationsprozesses, so daß die Gesellschaft es vorzieht, für künftige Fälle Reserven anzuhäufen statt Dividenden zu verteilen.

Noch bezeichnender für die relativ günstige Entwicklung, die die Werftindustrie genommen hat, ist die Tatsache, daß der Wert der Werftanlagen bei den zwölf führenden deutschen Werften trotz durchschnitlich sehr hoher Abschreibungen von 70,3 auf 84,6 Millionen Mark gestiegen ist. Bei den gleichen Werften stehen für 1927 die

„im Bau befindlichen Schiffe und Vorräte“ mit 112 gegen 61 Millionen zu Buche.

In einem Jahre hat sich also die Beschäftigung der Werften fast verdoppelt. Bei dieser Entwicklung fällt besonders auf, daß die Werften ihre produktiven Anlagen im vorigen Jahre noch bedeutend ausgebaut haben, obwohl offensichtlich war, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten die Leistungsfähigkeit der Schiffbauwerke bedenklich übersteigern.

Die wenigen angeführten Beispiele zeigen, was von den Klagen der Werftunternehmer über die Unwirtschaftlichkeit ihrer Betriebe zu halten war und ist. Die Erklärung der Unternehmer, daß sie nicht einmal in der Bage wären, die vom Schlichter geforderte Lohnerhöhung von 4 Pf. zu zahlen, ist ein starkes Stück. Es ist in der Öffentlichkeit wiederholt darauf hingewiesen worden, mit welcher Leichtfertigkeit gerade in der Werftindustrie Gelder an einzelne Direktoren und Aufsichtsräte verschwendet werden. Es ist sicher, daß nur wenige Fälle bekannt geworden sind, aber diese wenigen Fälle bei der Reiterstiegwerft in Hamburg und dem Bremer Deschimagkonzern zeigten, daß die Werftarbeiter, die heute ihren Arbeitern jeden Pfennig Lohnerhöhung streitig machen wollen, Hunderttausende zum Fenster hinauswerfen können, wenn es sich um Direktoren und Aufsichtsräte handelt.

Die Werftarbeiter wissen, daß sie einen schweren Kampf durchzuführen haben, aber sie wissen zu gut, daß der Einsatz in diesem Kampf hoch und ihr Kampf berechtigt ist.

Reichlicher Vorschriften von 1908 und 1915 sowohl für Schweinefleisch wie für Fleisch anderer Tiere je zwei Staffeln. Jedes zur Ausfuhr gelangende Stück Fleisch muß seiner Staffellugehörigkeit entsprechend gestempelt werden. Uebertretungen der Ausfuhrvorschriften ziehen schwere Bestrafungen nach sich. In Litauen ist Fleisch zur Ausfuhr nur freigegeben, sofern es in amtlich zugelassenen Schlachthäusern gewogen worden ist, und den Einfuhrbestimmungen der Bestimmungsländer entspricht. In Schweden sind durch Gesetz von 1924 Richtlinien für Fleischausfuhr erlassen worden. Sie sehen zwar keine Staffellung vor, sorgen aber dafür, daß nur einwandfreie Ware zur Ausfuhr kommt. Soweit die Vereinigten Staaten in Frage kommen, hat das Landwirtschaftsministerium den Versuch unternommen, in Anlehnung an die gesetzliche Staffellung von Schlachtwieh auch eine Staffellung von bereits geschlachtetem Vieh in Hälften oder auch kleineren Teilen zu schaffen.

Wenn die deutsche Landwirtschaft ebenfalls eine Erweiterung ihres Absatzes erzielen will, muß sie sich das Vorgehen des Auslandes als Fingerzeig dienen lassen. Dann muß sie sich bemühen, und zwar schnellstens, ähnliche, wenn es sein kann, noch bessere Wege zu beschreiten.

Die englische Luftfahrt.

Imperial Airways verteilt Dividende trotz Subventionen.

Die englische Luftverkehrsgesellschaft Imperial Airways zahlt 5 Proz. Dividende. Die Bilanz zeigt einen Ueberschuß von 1 480 366 Mark. Gegen vergangenes Jahr ist das ein Plus von 233 804 Mark. Trotzdem ist auch der englische Luftverkehr zurzeit noch nicht fähig, sich selbst zu erhalten. Ohne die Subsidien des Staates wäre ein großer Verlust bei der Imperial Airways zu verzeichnen. Dennoch zeigt sich, daß man in England dem Zeitpunkt näher rückt, in dem eine private Luftverkehrsgesellschaft mit Verdienst arbeiten kann. Vom Gewinn von 1 480 366 Mark sind 493 088 Mark nach dem Direktionsbericht der Imperial Airways dazu verwendet worden, den Verlust des vorigen Jahres zu decken. 421 525 Mark sind zu Abschreibungen verwandt worden.

Der Maschinenpark der englischen Luftverkehrsgesellschaft hat in der Bilanz einen Wert von 5 100 000 Mark. 15 Großverkehrsflugzeuge, 3 kleinere Typen für Privatcharterung sind in Benutzung, 4 dreimotorige Typen sind in Konstruktion. Die englische Luftverkehrsgesellschaft hat 33 Proz. mehr nicht subventionierte Flüge ausgeführt als im vergangenen Jahr. Flüge für den kaufmännischen Handel ergaben 2 692 800 Mark gegen 1 101 600 Mark im vorigen Geschäftsjahr. Im ganzen sind beinahe 2 1/2 Millionen Pfund Sterling = 51 Millionen Mark an Subsidien vom Staate gewährt worden.

Die Kalifornikonjunktur.

Seit Januar 1 1/2 Millionen Doppelzentner Mehrabsatz.

Die jetzt bekanntgegebenen Abzählsziffern des Kalifornikonjunktur für den Monat September übertreffen die bisherigen Schätzungen erheblich. Insgesamt wurden im September 1 408 178 Doppelzentner gegen 1 184 747 Doppelzentner Reinkaff im gleichen Monat des Vorjahres verladen.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Düngejahres (Mai bis September) wurden 5,1 gegen 4,1 Millionen Doppelzentner gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres abgeföhrt. In den ersten neun Monaten des laufenden Kalenderjahres haben die Kalifornikonjunktur insgesamt 11,5 gegen 10 Millionen Doppelzentner Reinkaff, also rund 1 1/2 Millionen Doppelzentner mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres verkauft.

Diese Ziffern beweisen, daß die Kalifornikonjunktur in diesem Jahre den schon sehr guten Abschluß von 1927 weit hinter sich läßt. Es ist höchste Zeit, daß die Kalifornikonjunktur ihre im Dezember 1926 herausgeschraubten Preise, mit denen sie die Landwirtschaft übermäßig belasten, auf ein vernünftiges Maß herabsetzen. Die Rentabilität der Kalifornikonjunktur würde durch einen Preisnachschuß nicht im geringsten beeinträchtigt werden.

Dresden-Leipziger Schnellpressen wieder 10 Proz. Dividende.

Das führende deutsche Druckereimaschinenunternehmen, die Dresden-Leipziger Schnellpressenfabrik A.G. in Coswig, die etwa 60 Proz. der gesamten deutschen Offsetmaschinenproduktion auf ihre Betriebe vereinigt, schließt ihr Geschäftsjahr 1927/28 wieder mit der sehr hohen Dividende von 10 Proz. ab. Wie der Geschäftsbericht erwähnt, konnte in den ersten neun Monaten, also bis Februar 1928, der Umsatz ganz bedeutend gesteigert werden, doch habe im letzten Quartal der fünfjährige Streik der sachsischen Metallarbeiter das Endergebnis erheblich beeinträchtigt. Trotz der Arbeitsunterbrechung hat aber die Gesellschaft ihren Produktionsgewinn von 1,3 auf 1,6 Millionen Mark und ihren Reingewinn von 0,48 auf 0,55 Millionen Mark erhöhen können. Die Fortsetzung der Rationalisierung kommt in neuen Zugängen auf die Anlagen von fast einer Viertelmillion zum Ausdruck, die größtenteils aus laufenden Gewinnen „über Betrieb“ bezahlt wurden, da der Erlös aus der Kapitalerhöhung um 1 auf 4 Millionen für die Zurückzahlung der Schulden von 1,7 auf 0,9 Millionen Mark verwendet wurde. Da diesen geringen Verpflichtungen jetzt fast 3,5 Millionen Mark Forderungen und Bankguthaben gegenüberstehen, kann die Gesellschaft über Geldmangel nicht klagen. Außer rund 25 000 Mark Lantien für den Aufsichtsrat werden noch 50 000 Mark Lantien für Direktoren und Angestellte ausgemietet. Bieleicht erklärt die Verwaltung auf der Generalversammlung, wieviel hiervon den Direktoren zusteht und welchen Anteil die Angestelltenchaft an den 50 000 Mark hat.

Keine Sanierung bei der Hanomag notwendig. Die Verwaltung der Hannoverischen Maschinenbau A.G. (Hanomag) dementiert jetzt die Gerüchte über eine bevorstehende Zusammenlegung des Aktienkapitals. Wie die Verwaltung ferner mitteilt, sei wohl für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 1927/28 mit einem geringen Verlust zu rechnen, der jedoch bei dem Referendums von nahezu 50 Proz. des Aktienkapitals keine weitere Bedeutung habe. Der Umsatz, der bereits im vorigen Jahre von 26 auf 40 Millionen gestiegen sei, habe sich im letzten Geschäftsjahr weiterhin bedeutend erhöht. Der trotz der Umsatzsteigerung eingetretene Verlust wird darauf zurückgeführt, daß die Erlöse mit dem wachsenden Umsatz nicht Schritt gehalten hätten.

Der Karstadt-Konzern baut.

Drei Warenhauspaläste — 33 Einheitspreisläden.

Der Karstadt-Warenhauskonzern hat sich erst im vergangenen Jahr entschlossen, von der deutschen Wackerkarte und der norddeutschen Provinz einen Vorstoß in die Weistadt Berlin zu machen und dort den Konkurrenzkampf gegen die großen Berliner Warenhausgesellschaften aufzunehmen. Er verlegt auch seine ganze Konzernverwaltung von Hamburg nach Berlin. Das Bauprogramm des Karstadt-Konzerns, das die größten Absichten erkennen läßt, ist außerordentlich umfangreich. Es wird nicht nur in der Königstraße ein großes Verwaltungsgelände errichtet und in Neukölln das schon begonnene Warenhaus, auch in Steglitz und Schöneberg sollen zwei weitere große Warenhäuser gebaut werden. Außerdem will die Karstadt-Warenhausgesellschaft 33 Einheitspreisläden in allen vertehrorreichen Teilen der Stadt eröffnen, und zwar 31 davon in eigenen Gebäuden, für deren Errichtung bereits bebaut Grundstücke angekauft worden sind. Damit werden die sehr großen Kapitalaufnahmen erklärlich, die der Karstadt-Konzern in den letzten Monaten im Auslande durchgeführt hat.

Gute Butter — gutes Fleisch.

Wie der Landwirtschaft zu helfen ist.

Vor kurzem hat das Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit ein beachtenswertes Werk „Planmäßige Absatzgestaltung in der Landwirtschaft“ herausgebracht, aus dem die Schilderung der Maßnahmen des Bundes zur Absatzförderung zweier sehr wichtiger Artikel, nämlich der Butter und des Fleisches, besonders beachtlich ist. Zunächst die Butter. In Australien ist gesetzliche Regelung, daß die zur Verbutterung gelangende Sahne zu bewerten und zu

bezahlen ist nach drei Güteklassen, die streng voneinander getrennt pasteurisiert, verbuttert und vermarktet werden müssen. Zur Ausfuhr bestimmte Butter ist besonders Kühthäusern zuzuföhren, in denen sie auf Beschaffenheit und Verpackung geprüft und nach dem Prüfungsergebnis in fünf Staffeln eingestuft wird. Die Butter der höchsten Staffel wird mit der australischen Rationalmarke versehen.

In Dänemark darf auf Grund eines Gesetzes von 1911 Butter nur ausgeführt werden, wenn sie unter Verwendung von pasteurisierter Sahne hergestellt ist, nicht mehr als 16 Proz. Wassergehalt aufweist, außer Kochsalz keine Konservierungsmittel enthält, nicht mit Anilinfarben gefärbt ist, und eine bestimmte durch Stichproben erfolgreiche Güteprüfung bestanden hat. Solche Butter erhält als Kennzeichen die „Lurmarke“ und stellt damit die erste Güteklasse dar. Butter mit über 16 Proz., aber nicht über 20 Proz. Wasser wird in auffälliger Weise durch den Aufdruck „Wasserbutter“ zur zweiten Staffel gestempelt, die nur in Dänemark verkauft werden darf.

In Estland, Lettland, Norwegen und Schweden existiert eine ähnliche fast durchweg gesetzliche Regelung. In Holland gibt es freiwillige Vereinbarungen von Buttererzeugern, nach denen Butter, die nicht mehr als 15 1/2 Proz. Wasser enthält, nicht verfälscht ist und aus Molkereien stammt, die sich einer bestimmten Betriebsüberwachung unterwerfen, mit dem niederländischen Staatsbutterzeichen in den Handel gebracht wird. Durch ein Gesetz von 1914 wird bestimmt, daß nur mit dem niederländischen Staatsbutterzeichen versehene Butter ausgeführt werden darf. In Irland sind eingehende Vorschriften über die Erzeugung, Kennzeichnung, Verpackung und den Verkauf von Butter durch ein Gesetz vom Jahre 1924 geschaffen worden. Das Gesetz bestimmt weiter, daß nur Butter solcher Unternehmungen exportiert werden darf, die in ein staatliches Register eingetragen und einer strengen Stichprobenüberwachung unterworfen sind.

Rum zum Fleisch. In Dänemark bestehen auf Grund ge-

Abspannung und Nervosität — Kaffee Hag überwindet beides

Aus der Arbeit der Bezirke.

Die „Retter“ des Proletariats reden ... 7. Bezirk - Charlottenburg.

Am 26. September verabschiedete die Charlottenburger Bezirksversammlung den Etat. Voran ging eine wichtige Vorlage zur Ausgestaltung des Groß-Berliner Grüngrürtels. Es handelt sich um das Gelände in der Jungfernheide nördlich des Hohenzollerkanals und östlich des Tegeler Bogen, das mit einem Aufwand von 2.100.000 Mark in einen Volkspark verwandelt werden soll. Auf Antrag unserer Genossen, die bei dieser Gelegenheit gleich das Problem eines Urnenhains gelöst wissen wollten, ging die Vorlage an einen Ausschuss. Der von unseren Genossen angeregte Vorschlag, die Tragschicht des Baues eines zweiten Schwesterhauses für die Westend besonders zu betonen, fand einmütige Zustimmung. Sodann kam es zur Etatsberatung. Nach dem kurzen Bericht, den der Bezirksverordnete Braun (Mitte) über die gründlichen Beratungen des Haushaltsausschusses gab, erteilte der Vorsitzende Hager (Dnat. Sp.) sofort dem Kommunisten Fieber das Wort, ohne die geschäftliche Behandlung der Materie geklärt zu haben. Dann unterbrach er ihn, um das Versäumte nachzuholen: Fieber wählte sich nicht ohne Grund gegen diese Behandlung. Es drohte, zu einem Konflikt zu kommen, da reitete Genosse Kawerau beiseite den durch den Vorschlag, den Kommunisten ruhig austreten zu lassen, sodann nur zu den beiden neu vorliegenden Anträgen Stellung zu nehmen, die Vorschläge des Staatsausschusses aber en bloc anzunehmen. So gewann Fieber Zeit zu einer schönen, mit gewaltigen Gestos vorgetragenen Rede: Vier Kommunisten auf der Tribüne wandten kein Auge von dem tonenden Retter des Proletariats. Gelegentliche Zwischenrufe brachten den armen Deklamator arg in die Stimmerei; ob denn seine Freunde in Berlin den Etat bewilligen würden? Darob erklärte er in seiner Angst, nur auf „qualifizierte Zwischenrufe“ antworten zu wollen. Was die SPD nicht alles für herrliche Anträge ausgeheckt hat! Da ist z. B. die Wohnungsfrage! Jeder Kenner weiß, daß bei den einengenden staatlichen Vorschriften weder bei einer Berechnung nach Grundfläche noch bei einer Abstufung nach Zimmerzahl etwas Positives herauskommt. Die Sozialdemokratie hat die Frage immer und immer wieder gepörselt. Sie hat die SPD, die Materie entdeckt und glaubt nun, die Wohnungsnot lösen zu können, indem sie sich gegen den möglichen Bau städtischer Kleinwohnungen wendet und unmögliche Steuerprojekte propagiert. Die SPD hat ihr Herz für die Arbeiterpartei entdeckt! Sie hat alle Bezirksvereine zusammenrufen, sich deren Wünsche erzählen zu lassen und stellt nun munter Anträge auf. Aber bei der Schlussabstimmung lehnt sie den eigenen Antrag auf Schaffung eines Wohnraums für Arbeiter und auf Erhöhung der Höhe für Jugendwanderer ab! In solche ungeschickte Politik muß ja eine Partei hineinschlüpfen, die groß des Himmels zu fordern, die klein, winzig klein wird, wenn sich um ein bißchen praktischer Arbeit handelt!

Sodann wieder wurde Herr Fieber auf seine wirklich nicht beabsichtigte Rolle aufmerksam gemacht, schließlich hörte niemand mehr zu, außer den vier Freunden auf der Tribüne, endlich war auch seine Stimmkraft erschöpft, und der Etat wurde nach unsern Vorschlägen mit der Eheberatungsstelle verabschiedet. Was war ja auch einer der „volkserräterlichen“ Anträge der SPD, ein Staatsauschuss gewesen, gegen den Herr Stadtrat Prof. Dr. Deisinger sich in seiner betamten Art geschäuter Pörsel gewehrt hatte. Zur Verbeistung von Mißverständnissen so einfuhr es ihm unwillkürlich im Staatsauschuss ein solcher Jungenschlag, der mehr als ein Zufall ist. Und fast hätte die Unentwegten von der SPD, den schon sicheren Antrag durch ihre Begründung zu Fall gebracht. — Nun war der Etat erledigt, und die SPD, hatte noch einige Panzerkreuzer-Beschwerden. Genosse Kawerau stellte fest, daß es zwecklos sei, mit einer Abstimmungspartei über pazifistische Politik zu debattieren, daß aber beim Volksbegehren selbstverständlich die volle politische Handlungsfreiheit gewahrt bleiben müsse. Bei der Abstimmung, ob der SPD, Schulräume nach den Vorschriften des Magistrats zur Verfügung gestellt werden sollten (ein Antrag, der eine Selbstverständlichkeit ist und von allen Parteien unterstützt wurde), spaltete sich die SPD: ein Teil dafür, ein Teil dagegen. So ist die SPD, gerade wenn sie sich selbständig produziert, ein trauriges Bild der Phrasen- und Hilflosigkeit.

SPD. für Demokratie und gegen Diktatur! 3. Bezirk - Wedding.

In der außerordentlichen Bezirksverordnetenversammlung am 26. September stand ein Antrag der SPD. zur Beratung, der sich gegen die Beteiligung der Badezeiten im Stadtbad Wedding wandte, weil die Schwimmvereine „Vorwärts“ und „Freie Schwimmer“ nicht drei Badeabende wie im vorigen Jahr, sondern nur zwei erhalten haben. Der zuständige Stadtrat Fabiunke wies aus, daß eine Verminderung der Badeabende nicht nur bei den beiden kommunistischen Vereinen, sondern auch bei einem bürgerlichen Verein erfolgen mußte, weil sich neue Vereine gemeldet hätten, unter diesen besonders der Schwimmverein „Hellas“, der an seinen Badeabenden einen Besuch von ungefähr 130 Mitgliedern aufweisen habe. Interessant war bei den Ausführungen der kommunistischen Bezirksverordneten Vagode der Eifer, mit dem er gegen die Diktatur zu Felde zog. Bei der Abstimmung im oben genannten Schwimmvereinen hätten 99 für ein Verbleiben

beim Kartell der Moskauer Richtung und 35 für den Anschluß an das neue Kartell gestimmt, und nun solle es nach dem Willen der Minderheit gehen, das sei keine Demokratie, sondern Diktatur, und Diktatur sei schmutzig, gemein und infam. Außerdem beschäftigte sich die Bezirksverordnetenversammlung mit einem Antrag der SPD., der auf den Streit beim Bau des Untergrundbahnhofs Gesundbrunnen bei der Firma Polenzki u. Jöllner Bezug nahm. Die SPD. stellte dazu folgenden Antrag: Da der Bau der Untergrundbahn Gesundbrunnen—Reutheim ein zentrales Unternehmen des Magistrats ist, und weil sich die Stadtverordnetenversammlung bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt, hält die Bezirksverordnetenversammlung eine materielle Erörterung des kommunalistischen Antrags für unzumutbar und lehnt diesen Antrag ab. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD., der Demokraten, der Bürgerlichen Vereinigung und des Kommunisten Kartell angenommen.

Deutschnationale und Schulverfassungsfeier. 6. Bezirk - Kreuzberg.

In zwei Sitzungen verabschiedete die Bezirksversammlung Kreuzberg den Etat für 1929. Die Generaldebatte wurde vom Genossen Robinson eingeleitet, dessen Ausführungen in die Forderung ausklangen, daß das Bezirksamt auch im künftigen Geschäftsjahr der Bevölkerung eine gute, nach sozialen Gesichtspunkten geleitete Verwaltung geben möge. Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende, Fabrikant Köppen, kündigte dem Bezirksamt blutige Rache an. Besonders hat es ihm die diesjährige Schulverfassungsfeier auf dem Jahnpfad angetan, die er als einen Unjag bezeichnete. Man habe Lehrer und Kinder gezwungen, die verhassten Farben der Republik durch die Straßen zu tragen. Auch würde Jahm heute auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschnationalen stehen, wenn er noch lebe, die Verquickung der Verfassungs- und Jahmfeier sei also eine Geschichtsfälschung gewesen. Den Höhepunkt erklimm Köppen mit der Forderung, daß die Drei- und Vierzimmerwohnungen aus der Zwangswirtschaft genommen werden müßten, da ja keine Nachfrage nach Dreizimmerwohnungen sei. Unsere Genossen Bitte und Kraß rechneten mit diesem sonderbaren Volksvertreter ab. Der Gedanke einer weiteren Forderung der Zwangswirtschaft fand außer bei den Deutschnationalen bei allen Parteien heftigsten Widerspruch. Eigenartig war die Stellungnahme der Kapediten. Nachdem sie mit ihrem Panzerkreuzerantrag ein zweifaches Bedr der Tagesordnung erlitten hatten, vermißten sie es, wie in den Vorjahren durch Stellung einer Serie von Agitationsanträgen, die von der Mehrheit abgelehnt wurden, ihre abgelehnte Haltung bei der Endabstimmung über den Etat vorzubereiten. Ihre Anträge zum Etat sowie die der übrigen Linksparteien bewegten sich im Rahmen des Erreichbaren, so daß sie angenommen wurden. Prompt erklärte der Kommunist Fröhlich, die SPD. habe sich in diesem Jahre „gewandelt“, also werde die SPD. dem Etat zustimmen. Die Volkspartei, deren Dr. Fall im vorigen Jahre noch so rabelig war, hatten diesmal die Sprache verloren. Der Etat wurde in der Endabstimmung einstimmig angenommen. Genosse Jöpsel gab den Bericht des Ausschusses über die unhaltbaren Verkehrsverhältnisse in der Hafenheide. Infolge der Verschleppung der Verhandlungen über die Borgärten auf der Reutheimer Seite komme diese dringende Angelegenheit nicht vom Fleck. Verkehrsstände sind dort an der Tagesordnung. Der Ausschuss empfiehlt daher, an den Magistrat mit folgender Forderung heranzutreten: Erstens müsse der Fahrdamm auf der Südseite sofort fertiggestellt werden, zweitens soll die mittlere Baumreihe befestigt werden, endlich soll an der gefährlichsten Stelle eine Zwangshaltstelle errichtet werden. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

18000 Schulkinder und kein Schwimmbad. 9. Bezirk - Wilmersdorf.

Unsere Bezirksstadträte sind nach der langen Sommerpause recht fleißig an die Arbeit gegangen, indem sie im September an zwei aufeinanderfolgenden Mittwochsabenden abgehaltene Sitzungen abhielten. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Bedarfsnachweisung für das kommende Rechnungsjahr. — Von der Rechtsseite wurde wieder das hier im Westen schon jatzam bekannte Klageged über das mangelnde Entgegenkommen des Magistrats hinsichtlich der kommunalpolitischen Forderungen der westlichen Bezirke angebracht. Unsere Parteigenossen in Wilmersdorf verfechten im Gegensatz zu den Rechtsparteilern durchaus nicht die bedrängte finanzielle Lage von Groß-Berlin, die nur zu oft geblieserlich halt ruft, wenn man von der Zentrale aus die dringenden Forderungen der Bezirke gern erfüllen möchte, jedoch den endlichen Bau eines Krankenhauses, eines Hallenschwimmbades und die Erneuerung der Scharpender Eisenbahnbrücke müssen auch wir mit allem Nachdruck fordern. Wilmersdorf hat bald zweihunderttausend Einwohner, achtzehntausend Schulkinder und — keine Schwimmgelegenheit, denn das Sportbad Halensee konnte in der abgelaufenen Badesaison wegen des hohen Wasserstandes von Nichtschwimmern nicht benutzt werden. Wie verlaudet, ist ja seitens des Magistrats bezüglich des Baues eines Hallenbades Wilmersdorf von der fünften auf die dritte Stelle gerückt worden; hoffentlich wird nun diese Katastrophe für unseren Bezirk recht bald behoben. — Auch die Kleingärtnerfrage harret noch der Erledigung, noch immer ist für Wilmersdorf kein geeignetes Gelände für Dauer-

kleingärten ausgewiesen worden. Bei der Beratung dieses Gegenstandes nahmen die Kommunisten den Mund recht voll und spielten sich als die alleinigen Beschützer der Kleingärtner auf; sie wurden aber sehr feinklaut, als ihnen von unseren Genossen gefordert wurde, daß ihre Vertreter sich nicht nur an den diesbezüglichen Beratungen in unserem Bezirk recht wenig beteiligen und häufig durch Abwesenheit gekränkt haben, sondern auch bei den zentralen Verhandlungen sich durchaus passiv verhalten haben, als unsere Genossen sich mit Erfolg bemühten, die Kleingärtner des Südwestgeländes vor der drohenden Vertreibung von der ihnen lieb gewordenen Scholle zu bewahren. — Zum Schluß sorgten unsere Wilmersdorfer Kommunisten auch noch für den ihnen zum Bedürfnis gewordenen Klamauf, indem sie — unter Vorantritt einer Schameienkapelle — etwa einhundert Männer und „Mäntlein“ aufgebildet hatten zwecks „demonstrativer“ Unterstützung ihrer obligaten Panzerkreuzeranfrage. Sie fanden für ihre zwecklose Aktion kein Verständnis bei der Bezirksversammlung, als eine Delegation der Demonstranten von der Zuhörertribüne aus das Wort nahm, wurde sie zum Verlassen des Saales genötigt und die Behandlung der Anfrage im Hinblick auf die Bestimmungen der Städteordnung vom Vorsitz der Versammlung abgelehnt. — Nach einigem Tumult auf der Straße zerstreute sich die kleine Ansammlung, von der die Passanten der „vornehmen“ Kaiserallee kaum Kenntnis genommen hatten, ohne daß es glücklicherweise zu Täuschlichkeiten gekommen wäre.

Reaktion ist Trumpf! 13. Bezirk - Tempelhof.

Die Bezirksversammlung vom 26. September beschäftigte sich mit der Bedarfsnachweisung für das Etatsjahr 1929. Es lagen nicht weniger als 64 Anträge vor. Die Vertreter der Reaktion zeigten, wie weit es ihnen Ernst ist mit der Fürsorge für die breite Masse. Um es vorweg zu sagen: sie haben rücksichtslosigen Gebrauch gemacht von ihrem zahlenmäßigen Übergewicht und alle Anträge zu Fall gebracht, deren „ganze Richtung ihnen nicht paßte“. Bei anderer Gelegenheit jammeren dann dieselben Leute über das schreckliche „Groß-Berlin“, das den Bezirken die Finanzhoheit vorenthält und damit angeht die rechte Fürsorge für den Bezirk unterbindet. Nach der Berichterstattung über die Arbeit des Haushaltsausschusses ergriff Genosse Burge meißter das Wort zur Generalausprache. Der Krutobedarf beträgt rund 15 Millionen und darunter fast 7 Millionen für einmaligen Bedarf. Er wies auf die schwierige Finanzlage Berlins hin. Trotzdem aber müsse man die schnelle bauliche Entwicklung des günstig gelegenen Bezirks berücksichtigen. Während nach dem Kriege auf dem Tempelhofer Feld nur 1600 Wohnungen entstanden, sind zurzeit 1134 Wohnungen im Bau, die bis 1929 fertig werden, also in einem Jahr fast soviel, wie vorher in zehn Jahren. Er wünschte dann Beschleunigung des Baues der Radsüdbahn, des Altersheims und namentlich des Volksparks Mariendorf. — Bei der folgenden Einzelberatung wurden nicht weniger als 30 Anträge der Linken niedergestimmt. Diese Anträge bezogen sich u. a. auf die Klassenfrequenzen der Volksschule, auf Erhöhung der Ausgaben für Arbeitsunterricht, Lernmittel, Schülerwanderungen, Jugendpflege, Unterrichtsgerätschaften, freie Kohlenbelieferung, Ernährungsfürsorge. Ferner waren die Bürgerlichen nicht dafür zu haben, Kinderheime zu errichten, der Jugend freie Spielplätze zu schaffen, einen weiteren Schularzt anzustellen, die Schuljahnpflege auszubauen, die Straßenarbeiter zu vermehren und ihnen Dienstfische zu liefern, sie gönnen den Gärtnern nicht Seite und Handtücher, stemmen sich gegen vorbereitende Schritte zur Kommunalisierung des Bestattungswesens, gegen Offenhaltung unserer Parks, hielten dagegen schüßend ihre Hand über die Einrichtungen des bayerländischen Frauenerzins und über das Luisen-Festzelt-Haus. — Eine Mehrheit fand sich, es waren zum Teil Zufallsmehrheiten, für Unterstützung der Wohnungsbauvorlage des Magistrats, für die Schaffung dringend notwendiger neuer Schulklassen, für Krankenhaus und Badeanstalt. Bedürftige Kleingärtner sollen Darlehen erhalten. Die tariflichen Bestimmungen für Krankheitsfälle und Urlaubsfragen der städtischen Arbeiter sollen den Vorschriften für Beamte angeglichen werden. Die bei der Schulkonferenz beschützten Frauen sollen tariflich Lohn- und Urlaub erhalten und gegen Unfall versichert werden. Auch für eine Bedarfsnachweisung an der Rennbahn, für Papierförde an den Straßenbahnhaltestellen waren die Herren der Rechten noch zu haben. Reaktion ist vorläufig noch in Tempelhof Trumpf! Hoffen wir, daß die nächsten Wahlen hier eine gründliche Veränderung herbeiführen.

... ooh!
Kathreiners Malzkaffee
ist aber wirklich billig!

SIE MÜSSEN
5 PHÄNOMEN
DANN SIND SIE KENNER!
EDEL-CIGARETTE AUS MACEDONISCHEN TABAKEN.

Die SPD. für den Panzerkreuzer.

14. Bezirk - Neufölln.

Dass die Neuföllner Bezirksversammlung ebenfalls zu einem kommunistischen Panzerkreuzer Antrag Stellung nehmen würde, dürfte keinesfalls überstochen haben. Und so stieg denn in der Versammlung vom 26. September das große Ereignis, von der SPD. nach bekannten agitatorischen Gesichtspunkten ausgehend, unter starker Befragung der Tribünen mit Moskauer-Jünglingen. Der Redner der SPD. sprach von dem Militarismus aller Zeiten und aller Länder, geißelte ihn — bis er auf Sowjetrußland zu sprechen kam. Hier bekannte er sich zum glühendsten Verehrer russischer Aufrüstungen. Der zweite Teil seiner Rede brachte die üblichen Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie. Genosse Harnisch gab diesem Herrn die richtige Antwort. Er teilte mit, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Teil des kommunistischen Antrages zustimme, welcher „den schärfsten Protest der Bezirksversammlung gegen den Bau des Panzerkreuzers“ ausdrückt und weiter verlangt, „auf den Magistrat einzuwirken, daß dieser von der Reichsregierung die für den Panzerkreuzerbau vorgesehenen Mittel zur Verteilung auf die Gemeinden zum Zwecke der Ausrüstung verlangt“. Sie lehne aber die im Antrage enthaltene Forderung an das Bezirksamt „das von der SPD. beantragte Volksbegehren mit allen Mitteln zu unterstützen“ ebenso einmütig ab. Die sozialdemokratische Fraktion erweiterte in einem eingebrachten Ergänzungsantrage den SPD.-Protest gegen den Panzerkreuzer und verlangte, daß ebenso „gegen das Auf- und Betrüben in allen Ländern einschließlich Sowjetrußland“ protestiert werde. Darüber lange Gespräche und verlegenes Lachen der Moskawiter. In der getrennten Abstimmung konnten sie noch „Holz“ und „grundhütten“ durchschlüpfen. Als aber der kommunistische stellvertretende Vorsteher am Schluß eine Gesamt-Abstimmung über den Antrag der SPD. und unseren Ergänzungsantrag zugleich vornahm, da war die Bestärkung groß. Da gab es kein Ausweichen mehr. Entweder gegen den Panzerkreuzer und zugleich gegen das Betrüben auch in Rußland oder gegen ihren eigenen Panzerkreuzerantrag. In ihrer großen Verzweiflung und Verwirrung stimmten die Helden nun ihren eigenen Antrag nieder, und damit gegen ihr eigenes Volksbegehren und für den Bau des Panzerkreuzers. In der vorigen Sitzung wurde der Haushaltsplan für 1929 behandelt und verabschiedet. Natürlich gegen Kommunisten und Deutschnationale. Dann gab es eine längere Debatte auf Grund

eines Dringlichkeitsantrages der SPD. betreffend „Maßnahmen des Bezirksamts auf gesundheitlichen Gebieten“. Der sattsam bekannte Herr Lange, in Verbindung mit dem kommunistischen Stadtrat und Deputierten des Gesundheitswesens, Herrn Dr. Schminke, arbeiteten dabei in der gleichen Richtung mit verteilten Rollen. Hier galt es ja die Anstellung eines sozialdemokratischen Arztes, der Genossin Dr. Frankenthal, zum Stadtrat und damit zum Beamten zu verhindern. Ein Antrag wurde konstruiert und „gelesen“. Die Stadträtin Genossin Frankenthal hatte angesichts zahlreicher Erkrankungsfälle in auswärtigen Kindererholungsheimen sowie zur möglichen Abwendung einer Ansteckungsgefahr Anordnung getroffen, daß die Mädchen vor ihrer Verhütung auch auf etwaige Geschlechtskrankheiten hin zu untersuchen seien. Darob gefürchtete Entrüstung bei Kommunisten und Deutschnationalen in treuer Waffenbrüderschaft. Nach längerer Aussprache wurde die Angelegenheit der Gesundheitsdeputation überwiesen.

Die Feinde der Republik.

15. Bezirk - Treptow.

Die Sitzung der Bezirksversammlung Treptow am 26. September 1928 stand im Zeichen erregter Auseinandersetzungen. Das Bezirksamt hatte beantragt, zur inneren Ausschmückung der Schulen mit den Reichsfarben 936 Mark bereitzustellen. Die Kommunisten lehnten diese Forderung mit der Begründung ab, daß für diesen Betrag besser Kreide beschafft werden solle. Unser Genosse Becker begrüßte die Vorlage und kennzeichnete die kommunistische Begründung. Der Stadtverordnete und Stadtrat Dr. Glaser erklärte namens der Rechtsfraktion, daß diese die Vorlage ablehnen würde, da sie verhindern wolle, daß die Schuljugend im republikanischen Sinne erzogen werde. Der Vertreter des Blocks der Mitte, Stadtverordneter Dr. Michaels, nannte die Handlungsweise des Vorredners politische Korruption. Genosse Stadtrat Wermuth rechnete scharf mit dem deutschnationalen Redner ab und betonte unter Zustimmung der Versammlung, daß es völlig untrüglich sei, wenn ein Bezirksamtsmitglied in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter in der Bezirksversammlung in so herabgehender Form wie Dr. Glaser gegen Vorlagen des Bezirksamtes Stellung nähme. Des weiteren rechnete Genosse Stadtrat Wermuth unter lebhaftem Beifall der Versammlung Wirkungsooß mit der verkehrenden Arbeit deutschnationaler Beamten ab. Genosse Lüdke erklärte, daß der Vertreter der Rechtsfraktion bei

der Behandlung dieser Frage in der Schuldeputation keine Anwendungen gemacht habe. Genosse Bürgermeister Grünau bemerkte, daß er sich die Beamten genau ansehen werde, er würde im besten Fall eine Unterhöhlung republikanischer Einrichtungen. Ein deutschnationaler Bezirksverordneter, der zugleich Bezirksbeamter ist, vertiefte sich zu der Bezeichnung: „Wir werden die Befassung so achten, wie Sie uns mißfallen.“ Genosse Penner verlangte vom Bezirksamt, alles zu unternehmen, um unserer Schuljugend die Farben der deutschen Republik ständig bekanntzumachen. Die Vorlage wurde schließlich mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen. Genosse Liedel begründete einen Antrag unserer Fraktion über die Verkehrsverhältnisse an der Kreuzung der Spindlersfelder Eilenbahn und der Oberpreekestraße in Niederschönau. Um endlich den Schulhausbau in Johannisthal zu fördern, brachte unsere Fraktion eine Anfrage ein. Das Bezirksamt wurde durch Genossen Stadtrat Wermuth erklärt, daß es den Wunsch habe, möglichst bald mit dem Dringenden Bau zu beginnen. Lediglich wurde der Plan in letzter Minute vom Magistrat nochmals abgeändert, so daß eine Verzögerung unvermeidlich ist. Die Kommunisten verlangten Abschaffung der Tribünenkarten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, nachdem unser Genosse Becker gegen ihn gesprochen hatte. Dem gleichen Schicksal verfiel ein Antrag der Kommunisten über den Bau des Panzerkreuzers. Unsere Fraktion hatte eine Frage eingebracht, die sich mit den unheilbaren gesundheitschädlichen Auswirkungen der Papiererichtungsmaße der Schmolterstraße in Treptow beschäftigte. Das Bezirksamt sagte Abstellung der Mängel zu. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, der die Wohlfahrtsdeputation verpflichtete, den Besitzern der abgebrannten Lauben der Kolonie „Dammstraße“ Hilfe zuteil werden zu lassen.

Unser Parteigenosse Alb. Rensch, früher Charlottenburg, Richendorf (Wart), begeht am 6. Oktober d. J. das 60. silberne Hochzeit. Am gleichen Tage vollendet unser Parteigenosse Richard Rauh, Richendorf, sein 60. Lebensjahr. Beide können sich an ihrem Wohnort eifrig für die Partei tätig. Genosse Rensch auch im Vorstand des Reichsbanners Schwarz-Gold. Unsere besten Wünsche gelten beiden wackeren Genossen ihrem Ehrentag.

Das 50jährige Jubiläum feiert am 1. Oktober unser langjähriger Genosse, der Stadtratsmitglied Ernst Simpel, Poststraße 56.

DIE GROSSE

"Modernen"

Parade



Apartes Tanzkleid
aus gutem Crêpe de Chine in verschiedenen Ballfarben ... **24,-**



Herbstmantel
aus gemust. m. ange-wob. Futter gr. Kragen m. mod. fests Mansch. **48,-**



Eleg. Ottomanmantel
reinvollene Qualität auf Damose gefüttert mod. Besatz, w. Abb. **52,-**



Sakko-Anzug
Karo- und Streifenmuster in gut. Gladbacher Kammergarn ... **78,-**



Winter-Ulster
schwere Qualität in schönen Karomustern ... **68,-**



Sakko-Anzug
blau Karo- & Twill, gute Verarbeitung und Paßform ... **75,-**

neuer Herbst- u. Winter MODEN AUF

Teilzahlung

zu unseren spielend leichten Zahlungsbedingungen hat begonnen.

Je eher Sie zur Besichtigung kommen, desto besser ist es!

KAUFHAUS

Modern

IM OSTEN

Gr. Frankfurterstr. 101
Ecke Krautstr. Am Straußb. Platz

IM SÜDEN

Kottbuserdamm 72
Ecke Lenaustr. Nähe Hermannstr.

Verkäufe

Landparzellen, Quadratmeter nur 50.—, kleine Anzahlung monatlich 10.—, Oranienburg, Restaurant Hofmann, Berlin-Wies 21.

Waldparzellen, herrlich, baureif, nur 500.—, kleine Anzahlung monatlich 30.—, Wagnitz, Wandlitz, Eisenberg, Bismarck.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.

Getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Wenig getragene Herrenanzüge, Spezialität, 20.000 Stück, (früher 25.000 Stück).

Verschiedene

Die Bernsteinsäge stellt durch seine Arbeit: Bernsteinsäge, Bernsteinsäge, Bernsteinsäge.

Vergnügungen

Celler-Wein, Schöneberg, Celler-Wein, Schöneberg, Celler-Wein, Schöneberg.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote.

Unschuldig im Verbrecheralbum

Ein wahres Reiseerlebnis von Johanna Bodmer-Lautenschläger.

(Schluß)

Jetzt höre ich von der Turmuhr jeden Schlag. Sie kündete jede Viertelstunde und holte immer erst viermal aus, ehe sie die nächste Tages- jezt Nachtzeit angab. Um zwei Uhr neue Gäste, nachdem die anderen verstummt. Und diesmal Frauen. Der eine singt, der andere pfeift. Operettenmelodien.

„Luft wie in der Fledermaus“ muß ich denken und staunen, wie man so viel Frohsinn in diese Welt mit h'übernehmen kann. Es entlockt mich etwas und ich schlafe wieder ein.

Schlaftraffeln. Von neuem schreie ich auf. Also endlich Morgen. Meine Tür öffnet sich und herein tritt eine weiße Dame. Ich reibe mir die Augen und entsehe, daß ein weißer Frackpelz sie umschlingt. Die raube Stimme der Schlieferin, und die Tür fällt hinter ihr ins Schloß. Das Wasser rauscht. Ich habe alles gefüllt; denn ein Becken und eine Kanne sind nur vorhanden. Es rauscht und rauscht. Sie hat uns vergessen. Das Licht verflucht. Es schlägt vier Uhr — und Morgendämmer umgibt uns. Gestaltlich sieht die weiße Dame auf ihrer Pristhe neben meinem Lager, den Kopf in beide Hände.

Wütlich fährt sie auf. „Was haben Sie ausgefressen?“ Keine Seele lächelt.

„Ich — ich habe gar nichts ausgefressen. Ich bin nur eine Obdachlose, die h'er für umsonst eine Nacht zubringt. Morgen früh reise ich weiter.“ und erzähle das Nähere.

„Sie — haben sich selbst der Polizei gestellt?“ Vor Staunen verzerrt ihr fast der Mund. „Da kennen Sie aber die diesseits Polizei nicht. Die läßt Sie morgen nicht weiterreisen. Hier ist man streng.“ — Ich lächle wieder.

„Mich haben Sie eben aufgegriffen. Wir wollten gerade ins Auto steigen. Meine Freundin ist eine leichte Fliege. Da muß ich nun mitleiden. Wir waren in fröhlicher Gesellschaft mit neuen Bekannten. Was wird morgen werden? Ob sie mich dabeihalten?“

„Vor allem können Sie doch nicht so sitzen bleiben?“ — „Ich bin so nervös.“ „Da müssen Sie erst recht ruhen und sich strecken.“

Also holte sie einen Strohhalm und ein Kopfkissen, zog das letzte Kleidchen aus, darunter noch leichter bekleidet, hüllte sich in die Weißdecke und legte sich. Das Wasser verstummt.

„Niese Stille. Wütlich fährt meine Genossin auf. „Es ist nicht geheimer.“ flüstert sie unruhig, lacht — und zerdrückt etwas zwischen den Fingern. „Puh — wie das stinkt.“ — Und ich freue mich doppelt meines harten Lagers.

So dämmern wir dem neuen Morgen entgegen. Punkt 37 Uhr Kopfl's. Die Schlieferin reicht durch die Klappe ein großes Handtuch für uns beide. Schnell bin ich auf und fertig. Die weiße Dame schläft noch.

Punkt 7 Uhr öffnet sich die Klappe wieder. Der Koffer. „Donner und Doria, sind Sie noch nicht auf?“ — Nun aber mal los!“ brüllt die Schlieferin der Entschlafenden entgegen. Diese fällt fast vom Stenel. Zitternd erhebt sie sich. „Ich bin so nervös.“

Warum fährt sie uns so an, man ist doch kein Hund.“ sagt sie, ich bin ja gleich fertig.“

Und denn fragt sie mich: „Muß ich gleich zum Arzt?“ — „Das weiß ich nicht; aber wenn Sie gesund sind, brauchen Sie sich doch nicht zu fürchten und aufzustehen.“

„Ich laufe gleich wieder nach Berlin, da sind Sie doch anders. Und ich habe mein Bad und meine Bequemlichkeit. Uebrigens, ich habe Geld und würde Ihnen so gern helfen, wenn ich es hier hätte.“ Des rührt mich. Meine ganze Kosmetik bestand aus 2 Mark. Denn eine Mark besah ich noch in Briefmarken.

Keine Riffon konnte helfen und dieses von den Menschen verachtete Geschöpf selbste sich großzügig.

Das arme Geschöpf war vor Kerosinlampen ganz unfähig. So legte ich die Decken zusammen.

„Über — es wird 1/8 Uhr. Keine Schlieferin kommt. Ich klingele wie befehlen.“ — „Was ist los?“

„Ich muß doch fort. Um acht Uhr geht mein Zug.“ „Sie werden abgeholt.“ brüllt es mir entgegen. Und nun weiß ich, wer recht hat.

Mit einem Mal lasten die kalten biden Mäusen schwer auf mir. Nur ist mir nicht klar, was ich verbrochen haben soll.

Das sollte mir ein Licht aufgehen.

Punkt acht Uhr wird das Verließ geöffnet. Ein Postbote wartet. Decken und Handtuch werden der Schlieferin zugereicht. Ich habe sie nicht richtig gelegt und werde angefaucht. Ganz vor-Kristemäßig sollen sie den anderen zugestellt werden. Bis ich die Vorrichtung erfaßt habe, reiner's Worte, die mehr im Ton verkehrend sind — aber so durch Mark und Bein gehen, daß meine Hände zittern. Ich habe für uns beide gehandelt. Ein dankbarer Blick trifft mich.

Jetzt geht es von Zelle zu Zelle. Eine ganze Kotte Korach folgt sie zwei und zwei dem Ranne des Gefeches.

Zum „Fingerabdruck“, wird uns gemeldet.

„Was, um Himmelswillen, soll ich doch gestohlen haben.“ denke ich. „Das muß doch ein Irrtum sein.“ Und mit stehenden Augen wende ich mich an meinen Begleiter mit der kühnen Bemerkung: „Ich bin doch bloß Obdachlose.“ Ein undurchdringlicher verächtlicher Blick läßt mich verstummen. Automatisch folge ich.

Wir steigen Stufen — Treppen — und sind da.

Zwei Bogen werden vorgelegt. Gedruckte Formulare mit Füllraum. Und hübsch schwarz und ausdrucksvoll werden auf jedem derselben die Finger der Rechten und Linken abformiert. Das heißt erst in schwarze Farbe getunkt, dann abgebrüht. Auch hierzu gehört Übung. Ich machte mich ungewollt durch Steifheit unbesiegt.

Es war eine ganze Prozedur bis alle fertig — und auch dieser Schmerz vorüber. Jetzt zum Protokoll. Ich sehe von einem zum anderen. Alle undurchdringlich.

„Sie scheinen ohne Geld und Papiere in der Welt herumzu- reisen?“ — „Wo waren Sie zuletzt?“

„Ich nenne den Ort.“ — „Was machten Sie da?“

„Ich war zu Besuch.“ — „Wie lange?“ — „Drei Wochen.“

„Das können Sie mir doch nicht vorreden, daß man im Allgäu auf dem Lande einen Großstädter drei Wochen zum Besuch aufnimmt?“

„Meine Allgäuer lieben mich und ich sie.“ sage ich mit leuchtenden Augen voll Zuversicht. „Ich habe Jahre unter ihnen gelebt.“

Krebs und Zuckerkrankheit.

Raffen diese Leiden jezt mehr Menschen dahin?

Auf dem Kongress der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Aerzte, der soeben in Hamburg stattfand, hielt im Rahmen der Verhandlungen der Sektion „Sozialhygiene“ der Berliner Stadtoberschularzt Dr. Georg Wolff einen mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag über das Thema „Hat die Sterblichkeit an Krebs und Zuckerkrankheit zugenommen?“

Die Gesamtzahl der Sterbefälle an Krebs und auch an Zuckerkrankheit hat in den letzten Jahren in Deutschland sich vermehrt, während die Ziffer der Tuberkulosesterblichkeit erheblich zurückgegangen ist. Dieses Ergebnis findet sich in fast allen Kulturstaaten. So kommt es auch, daß die „absolute“ Zahl der Krebssterbefälle unter den Todesursachen gegenwärtig den ersten Platz einnimmt, während früher die Tuberkulose diesen innehatte. Es ist indes völlig verkehrt, daraus zu schließen, daß die Krebssterblichkeit an Gefährlichkeit zugenommen haben oder etwa, daß der einzelne Mensch im Laufe seines Lebens jezt in höherem Maße als früher der Gefahr einer Erkrankung an Krebs ausgesetzt ist.

Bei jeder Messung der Sterblichkeit ist nämlich die Bevölkerungszusammensetzung von maßgebender Bedeutung. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches, insbesondere diejenige der Großstädte, war in dem Volkszählungsjahre 1925 viel ärmer an Kindern, aber viel reicher an alten Leuten, als diejenige vom Volkszählungsjahre 1910. Um eine statistisch richtige Vergleichsmöglichkeit zu schaffen, hat nun Dr. Wolff unter Zugrundelegung der Bevölkerung vom Jahre 1910 als „Einheitsbevölkerung“ sogenannte Standardsterbe-

ziffern geschaffen. Auf diese Weise wurde es erst möglich, unter Berücksichtigung der großen Veränderungen in der Altersgliederung der Bevölkerung statistisch vergleichende Berechnungen durchzuführen, die als um so bedeutungsvoller zu betrachten sind, als eine ganze Anzahl von ähnlich tätigen Ärzten, denen es an der notwendigen medizinisch-statistischen Schulung mangelt, auf Grund rechnerisch falscher Statistiken unzutreffende Nachrichten über die Ausbreitung des Krebses und der Zuckerkrankheit verbreitet hat. Die sorgfältigen Untersuchungen Dr. Wolffs, die in einer großen Reihe von Tabellen niedergelegt wurden, zeigen nun, daß die „standardisierte“ Krebssterbeziffer (die in statistischer Hinsicht einzig und allein als Vergleichsgrundlage zu dienen vermag) für beide Volkszählungsjahre — 1910 bzw. 1925 — fast genau dieselbe geblieben ist! Noch weniger als beim Krebs kann auf Grund gleichartiger Berechnungen bei der Zuckerkrankheit von einer Zunahme im Sinne der standardisierten Ziffern die Rede sein.

Wenngleich Krebs und Zuckerkrankheit nach wie vor als Leiden betrachtet werden müssen, deren Bekämpfung mit zu den wichtigsten Aufgaben der Volksgesundheitspflege gehört, so muß man andererseits gerade im Hinblick auf die ausfallreichen medizinisch-statistischen Ergebnisse, welche die Arbeiten Dr. Wolffs gezeitigt haben, vor jenen falschen Hypothesen, die sich auf die Verbreitung des Krebses und der Zuckerkrankheit beziehen und geeignet sind, die Bevölkerung nur zu beunruhigen, nachdrücklich warnen.

Dr. med. Alfred Korach.

war überall eingeladen und wußte, daß man mir Hans und Lären öffnet, auch ohne Papiere; denn schon lange freuten wir uns gegenseitig aufeinander.“

Sozial Idealismus wirkte bestreblich.

„Über wenn Ihnen nun ein Unglück passiert wäre?“ — „Dann hätte man durch meine Korrespondenz Ausschluß über mich erhalten.“

„Wie aber sollen wir nun wissen, ob das Ihre Sachen und Briefe sind?“

Nun dämmert's in mir. Der Fall ist kritisch. Ich muß herausweisen können, zum erstenmal in meinem Leben, daß ich „Ich“ bin.

Schade, daß mir nicht einfiel, ob man mir nicht vielleicht gestatten würde, mein Erleben in Verse zu bringen, um mich wenigstens als Dichterin auszuweisen.

„Was machen wir nun mit Ihnen?“

„In der Nähe wohnt eine Bekannte. Bei der war ich gestern. Sie kennt mich seit Jahren.“

„Da muß ich aber doch erst hinschicken?“

„Bitte, haben Sie die Güte.“ flüchte ich.

Also werde ich wieder abgeführt, und zwar zu einer Arrestantin in Einzelzelle. Ein schmaler Raum mit Dampfheizkörper.

Ein junges sympathisches Geschöpf mit Hutkopf haust hier. Die dunkle Strümpfstracht steht ihr gut. Wir plaudern — und sie entladet sich:

„Ich habe bloß eine Arbeit gesammelt und bekam dreizehn Jahre. Am ersten Oktober ist meine Zeit um. Meine Eltern und Geschwister haben sich losgelegt. Die Frau, bei der ich vorher in Stellung war, ist für mich eingetreten, daß ich fleißig bei ihr war. Es waren aber schon vierzehn Tage um. Da war es zu spät. Wenn man bloß lesen oder etwas tun dürfte.“

„Ja, womit beschäftigt sich nun solch armes Menschenkind in dem öden Einzel der Tage und Stunden? Was es da ausbrütet, kann ihm doch nur verhängnisvoll werden.“ muß ich denken.

Und sie fährt fort: „Manchmal müssen wir arbeiten. Wenn man bloß nicht so angedrängt würde. Wer was erwidert, kriegt gleich Wochen mehr rufgebrummt. Und was soll werden, wenn ich rauskomme?“ — Niemand nimmt mich, niemand kümmert sich um mich.“

Was daran wahr, läßt sich nicht feststellen. Aber tiefes Mitleid ist in mir wach. Ich glaubte dem offenen jungen Gesicht, und kann mir vorstellen, daß die Temperamentvollen es schwerer haben, zu schweigen, wenn man ungerecht dort angefaucht wird oder der Ton gar so durch Mark und Bein geht. Muß das sein?“

Befragt sei Hedwiga Banoel, die auch in diese traurige Erden- sphaäre mit allem, was ihrer Persönlichkeit zu Gebote steht, hinein- leuchtet. Solche Persönlichkeit, die sich der Vermissten der Armen annimmt, scheint hier zu fehlen.

Nedes weibliche Wesen, das gefehlt und seine Strafe abgehört hat, findet in dem von Hedwiga Banoel gegründeten Heim zu Eiderow in der Mark. „Das Tor der Hoffnung“, nicht nur liebe- volle Aufnahme, sondern auch weitere Ausbildung und Förderung zu neuer Lebensbühnenfähigkeit.

Dürfte ich noch einmal jung sein, ich würde Schlieferin an der Schrittenhütte der Verirrten. Ein ganzes Leben? — Ach nein! Aber ein Jahr? — Ja, ein Jahr gemiß. Ich sehe noch das Auf- leuchten in den Augen der jungen Arrestantin. Und ich konnte nichts tun. Ich sah ihr nur ein aufmunterndes gutes Wort. Lebhaft nahm sie teil an meinem Geschick. Und mich durchfuhr es plötzlich: „Wie, wenn meine Bekannte irre an mir wird und mich verläugnet, wenn sie von meiner Hoff' erfährt? — Sekunden dehnten sich zu Stunden. Um Uhr — und ich bin entlassen.“

Die lebenswürdigen Damen des Postzipsleasanties rufen auch, meine Uhr zu verpfänden und verpfändeten sich, sie mir zu gegebener Zeit zu überlassen und sorgen für billiges Quartier.

Schwer war sie noch, die Reise mit fast leerem Magen und dem harten Lansen auf der Bank des Wartesaals in Usterbog, wo ich nachts 11 Uhr ankam. Von Montag bis Freitag brauchte ich zu dieser Reise und landete völlig entnervt. Denn die Uhr brachte nur 3 Mark Pfand und der Aufenthalt kostete mit Verpflegung bis zur Abreise noch 2,50 Mark.

Es ist nicht leicht, Baduzet zu werden. Baduz, die „Hauptstadt“ Achtensteins, darf für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, die höchsten Einbürgerungsgebühren zu erheben. Um Bürger dieser „Metropole“ zu werden, muß man 10.000 Schweizer Franken zahlen und trotzdem ist dort nicht jeder willkommen, denn es findet eine sorgfältige Prüfung der Einbürgerungsgesuche statt, die in vielen Fällen ablehnend beschieden werden.

Das Geheimnis des Chevaliers d'Con

Zu seinem 200. Geburtstag am 5. Oktober.

Von Karl Anders.

Es gibt kaum einen Menschen, über den so viel geschrieben worden ist wie über Charles Genevieve Louis Auguste Andreé Timothée de Beaumont, der unter dem Namen des Chevalier d'Con besser bekannt ist. Nicht das zeichnet ihn so aus, daß er einer der geschicktesten und erfolgreichsten Geheimdiplomaten der letzten Bourbonen vor der großen Französischen Revolution war, sondern der Umstand, daß noch heute, 200 Jahre nach seiner Geburt, niemand mit Bestimmtheit sagen kann, welchem Geschlecht er zugehörte. Unzählige Fabeln und Sagen haben sich aus diesem Grunde um die Gestalt des Chevaliers gebildet, ebenso sehr die Freunde des Salonlebens in jener Zeit, wie die medizinischen Autoritäten seiner haben sich eingehend mit dieser Persönlichkeit beschäftigt, ohne doch ganz den Schleier lüften zu können. Heute noch gibt es ausgezeichnete wissenschaftliche Arbeiten, in denen Chevalier d'Con angeführt wird als Beispiel für die Möglichkeit eines Geschlechtswandels noch im erwachsenen Zustand, und ganze physiologische Theorien sind auf diesem noch recht unentwickelten Laubland aufgebaut worden. Man nahm gütiggläubig die Berichte hin, daß der Chevalier zunächst ein Mädchen, dann einige Jahre- reichte lang ein Mann gewesen sei, um dann im Alter wieder zur Frau zu werden. Betrachtet man aber die Berichte, die uns über die Person des Chevalier d'Con vorliegen, so dürfte sich doch das Dunkel, das bisher hier immer ruhte, etwas erleuchten lassen.

Der erste Grund zu den verschiedenen Mutmaßungen über die Geschlechtzugehörigkeit des Chevaliers war zweifellos die Mischung männlicher und weiblicher Vornamen, die in der Taufe ihm beigelegt wurden. Diese für uns befremdliche Tatsache hat im 18. Jahr- hundert wenig zu bedeuten und man muß sich nur, um ein Beispiel zu nennen, an Karl Maria v. Weber erinnern, der ja auch einen männlichen und einen weiblichen Vornamen führt. Dann wird fabuliert von frühesten Liebeserlebnissen mit einer Nonne, die die Umwandlung des Knaben in ein Mädchen notwendig gemacht hatten, um größeren Anstoß zu vermeiden; es wird auch gefabelt von dem Ehrgeiz des Vaters, der lieber einen Sohn als eine Tochter besitzen wollte. All dies scheint aber ganz unzureichend zu sein und die wirkliche Erklärung dürfte recht unromantisch und höchst natürlich sein.

Chevalier d'Con war zweifellos ein Vertreter des femininen Typs von Männern, dem wir auch heute noch nicht allzu selten begegnen und der ebenso sehr unter dem Einfluß gewisser physiologi- scher Störungen entstanden ist, wie durch Erziehung und bewusste Einstellung des von der Natur so ausgestatteten Menschen. Chevalier d'Con hatte nun, nachdem er nach Abschluß seines juristischen Studiums in den diplomatischen Dienst trat und hier besonders mit Geheimaufträgen am englischen und russischen Hofe betraut wurde, Gelegenheit, die weibliche Seite seines Wesens stark zu entwickeln. Als Frau, das erkannte der gewandte Diplomat sofort, hatte er bedeutend bessere Aussichten, in die Geheimnisse der fremden Diplo- maten und Staatsmänner einzudringen und die großen Männer dort zu packen, wo ein jeder von ihnen am schwächsten war: bei der Zuneigung zu einer schönen Frau. So mußte er jahrelang als weibliches Wesen leben, und da er, wie mancher Mann weiblichen Typs, weder Bart noch raube Stimme besaß, so gelang ihm diese Verwandlung ausgezeichnet. Warum er später, als er aus dem diplomatischen Dienst ausgeschieden war, die weibliche Kleidung beibehielt, ist heute nicht mehr mit Sicherheit festzustellen. Jeden- falls scheint aber Chevalier d'Con das weibliche Wesen so ausge- zeichnet gespielt zu haben, daß er nicht nur den in Liebesdingen doch wirklich erfahrenen Colanosa täuschen konnte, sondern daß auch Madame Pompadour im ersten Augenblick glaubte, eine Frau vor sich zu haben, dann allerdings angenehm enttäuscht war, in dem hübschen Chevalier keinen Nebenbuhler zu finden.

Einwohnerzahl der amerikanischen Hauptstädte. Nach einer soeben veröffentlichten Statistik zählt New York gegenwärtig 6 937 500 Einwohner. In zweiter Stelle steht Chicago mit 3 157 400. Dann folgt Philadelphia mit 2 064 200 und Detroit mit 1 578 900 sowie Cleveland mit 1 013 000 Einwohnern. Diese Städte über- schreiten die Millionengrenze, während die Hauptstadt Washington nur 552 000 Einwohner zählt.

Die Bibel ist noch immer marktgängig. Nach einem Bericht der Englischen Bibelgesellschaft wurden im vergangenen Jahre 2,2 Mil- lionen Bibleswerke in der Welt verkauft, was eine Zunahme von 1/5 Million gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die hauptsächlichsten Abnehmer waren Kanada und Australien.

